

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Mittwoch, den 14. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die neuen Weltherrscher.

In der internationalen Politik ist durch das widerstandsvolle Auftreten zweier englischer Minister eine unübersichtliche Verwirrung hervorgerufen worden. Während der englische Kriegsminister Haldane im Berliner Schloß, wie man mit Bestimmtheit behauptet, über ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Englands bei den internationalen Problemen, namentlich bei den Verwicklungen auf dem Balkan und in Asien, sich unterhält, hat der englische Marineminister Churchill eine Rede in Glasgow gehalten, wo er die Oberherrschaft Englands zur See als eine Notwendigkeit, die die deutsche Flotte aber als einen Luxus bezeichnete. Infolgedessen überall Beunruhigung, Entrüstung, Verwirrung und Enttäuschung. Namentlich sind diejenigen enttäuscht worden, die eine baldige Verständigung über die Einschränkung der Flottenrüstungen erwarteten.

Ob und wie sich die Situation bald wieder klären wird, steht dahin. Aber sehr zur rechten Zeit wird in der bekannten Zeitschrift „Der Lärmer“ an einige Äußerungen erinnert, die früher und soeben aus großkapitalistischen Kreisen gekommen sind und die außerordentlich scharf die Veränderungen charakterisieren, die sich in der gegenwärtigen Epoche vollzogen haben. Schon vor längerer Zeit äußerte sich Herr Kautsky, der Direktor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, in einem auswärtigen Blatte, daß sich eine neue Kaufmannschaft gebildet habe, ähnlich wie im alten Venedig. „Drehundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschäfte des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung.“

Und aus der Programmschrift einer internationalen Banken-Allianz wird die bezeichnende Stelle mitgeteilt:

„Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze der Welt zu diktieren, wie sie es bisher im Verborgenen getan hat. Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolger der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten, und das mit einer viel größeren Autorität, da ihre Autorität sich nicht über ein Land, sondern über den Erdball erstreckt wird. Die Hochfinanz wird Herrin über Krieg und Frieden werden.“

Für uns ist das nicht neu; wir haben längst gewußt, wer die wahren Herrscher der Welt sind. Aber so offen und unverblümt haben es diese noch niemals selbst angekündigt. Sie beweisen mit dieser Offenheit, daß sie die Macht wirklich besitzen, deren sie sich rühmen. Während Klassenbewußte Proletarier wegen republikanischer Gesinnung als „Umstürzer“ verfolgt werden, kann die Hochfinanz offen ankündigen, daß sie „berufen“ ist, Kaiser und Könige mit dem Ellbogen beiseite zu schieben und ihre Nachfolgerschaft anzutreten. Findet sich vielleicht ein Staatsanwalt, der die Hochfinanz wegen „Hochverrats“ oder wegen Vorbereitung dazu verfolgt?

Daß die Hochfinanz nach Interesse und Belieben Kriege anzettelt oder verhindert, das kann leider nicht bestritten werden. Die Beispiele, die unser Zeitalter dafür geliefert hat, sind bekannt. Das Interessanteste und neueste Beispiel dafür ist Mexiko, wo die Eroberung eines ganzen großen Reiches durch nordamerikanische Großkapitalisten inzentert wird, indem diese durch ihre Manöver die von ihnen beherrschte Union zwingen, zu ihren Gunsten in Mexiko einzuschreiten und ihnen ihren dortigen Besitz zu garantieren. Auf diesem Wege wird ein Kapitalistenklüngel zum wahren Herrn von Mexiko.

Es bilden sich also Gruppen kapitalistischer Eroberer, die sich untereinander bei der neuen Ausbeutung der Welt befähigen. Sie haben allerdings mehr „Autorität“ als die meisten Monarchen, denn bei allem Gottesgnadentum hat in der Bourgeoiswelt derjenige die größte „Autorität“, der den größten Geldsack hat. Monarchen, Staaten, Verfassungen, Volksvertretungen — alles verliert an Bedeutung mehr oder weniger von dem Augenblick an, da die Hochfinanz ihre Weltherrschaft begründet und die Diktatur übernommen hat, die sie ankündigt.

Nur in einem täuscht sich diese Gesellschaft, die anmaßender auftritt, als mancher absolute Monarch sich unterfangen hat. Sie kann Kriege machen und Frieden schließen, aber sie ist nicht unbedingte Herrin über Krieg und Frieden. Ihre Gruppen befähigen sich untereinander und suchen sich zu übervertreten oder sich ihren Raub abzulassen. Daraus werden die künftigen Kriege entstehen. Wir gelangen somit in der höheren Politik in den Zustand des Bourgeois-Anarchismus, mit dem der proletarische Anarchismus bekanntlich

einige verwandte Züge, namentlich die „Autonomie des Individuums“ und die Regierung des Staats, begriffes überhaupt aufweist.

Wie gewaltig sich das alles geändert hat, läßt sich an zwei Beispielen zeigen.

1871 wurden die zwei Provinzen Elsaß-Lothringen von Frankreich losgerissen und an Deutschland angegliedert. Vielen deutschen Kapitalisten war das nicht sonderlich angenehm; sie bekamen eine unbehagliche Konkurrenz auf den Hals, welche die französische Industrie froh war, loszuwerden. Aber die deutschen Industriellen mußten sich fügen.

Heute ist es anders. Für die deutsche und die englische Regierung wäre es an sich nicht allzuschwer, sich über eine Einschränkung der Flottenrüstungen zu verständigen. Aber sowie darauf die Rede kommt, so lärmt die Presse der deutschen Panzerplattenpatrioten, eine solche Einschränkung bedeute die dauernde Abhängigkeit Deutschlands von England durch die Überlegenheit des letzteren.

Und da die englischen Schiffsbauinteressenten besträhten, die von dem Kriegsminister angebahnte Verständigung mit Deutschland könnte doch zu einer Beschränkung der Rüstungen führen, so schleuderte der gefällige Marineminister die Phrase hinaus, daß für Deutschland die Flotte ein Luxus sei. Damit bewirkte er, daß bei der deutschen „nationalen“ Presse alle Register patriotischer Entrüstung gezogen wurden. Bezeichnend war, daß der Marineminister seine Rede vor den Schiffsbauunternehmern hielt, die selbstverständlich die gleichen Interessen am weiteren Ausbau der Flotte haben, wie unsere Panzerplattenpatrioten. So sind einer Verständigung über den Umfang der Rüstungen wieder schwere Hindernisse in den Weg gewälzt.

So treibt die Hochfinanz die Staaten immer weiter in dem Rüstungswettlauf. Und so wird sie auch nach ihrem Ermessen und je nach ihren Bedürfnissen die Völker mit Krieg heimsuchen oder sie im Frieden aufatmen lassen, wie sie ja offen angekündigt hat. Bei den unaufhörlichen Unruhen auf dem Balkan und bei den Wirren in Ostasien wird sich dies zeigen.

Die Hochfinanz, die dreihundert Auserwählten, „von denen jeder jeden kennt“, können so wenig wie die Monarchen der Welt einen dauernden Frieden geben. Im Gegenteil glauben wir, daß diese neue Weltmacht brutaler und ländergeriger auftreten wird, als manche alte Monarchie. Der Bourgeois-Anarchismus wird die Bourgeoiswelt in unaufhörliche Katastrophen stürzen.

Karl Marx hat einmal gesagt, die Finanzaristokratie sei das Lumpenproletariat auf der Höhe der bürgerlichen Gesellschaft. Er meinte damit die französische Hochfinanz zur Zeit von Louis Philipp. Die heutige internationale Hochfinanz ist sicherlich zum guten Teil nicht besser.

Sie wird mit dem Bourgeois-Anarchismus die Auflösung der Gesellschaft, wie sie schon angekündigt, herbeiführen. Sie wird es in kurzer Zeit dahin bringen, daß ein Gegenstoß erfolgt.

Als einziger rettender Angelpunkt erscheint dann notwendig der Sozialismus, der aus dem von der Hochfinanz herbeigeführten Chaos empor zu einer höheren Produktionsstufe und zu einer gerechten Gesellschaftsordnung führt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die erste Reichstags-Sitzung unter sozialdemokratischer Leitung.

So hat denn zum ersten Male der Deutsche Reichstag unter der Leitung eines Sozialdemokraten getagt. Zum ersten Male hat der Vertreter der Partei den Vorsitz in der deutschen Volksvertretung geführt, die seit fast einem Menschenalter die stärkste Partei des deutschen Volkes ist. Und wer etwa daran gezweifelt hat, daß die deutsche Sozialdemokratie, die mit ganz anderen Aufgaben fertig geworden ist, auch über die geeigneten Kräfte zur Führung der Reichstagsgeschäfte verfügt, der ist sofort eines besseren belehrt worden. Mit spielender Leichtigkeit ist Genosse Scheidemann der immerhin eigenartigen Situation Herr geworden. Er hat in der kurzen Sitzung vom Dienstag seine Fähigkeit zum Präsidenten glänzend bewiesen und hat die häßlichen Angriffe und blöden Witze der Junker und Junkerlinge zum Schweigen gebracht. Gewiß war die Sitzung nur kurz, aber ein paar Minuten haben schon mehr als einmal genügt, um die blamable Unfähigkeit hochgeborener Präsidenten vor aller Welt zu offenbaren.

Haus und Tribünen waren überfüllt. Eifrig unterhielt man sich im Saale. Alles blickte gespannt auf den Präsidentenstich, den präzis zur gewohnten Zeit Genosse

Scheidemann mit ruhigem, sicheren Schritt bestieg. Die Schriftführer Engelken (Zentrum), Morawski (Polen), Dr. Bärwinkel (Natl.) und Richard Fischer (Soz.) nahmen zur Seite des Vizepräsidenten Platz. Ein kräftiges Klengelzeichen und die Sitzung beginnt. Ein Paar Worte und jedermann im Saal und auf der Tribüne weiß es: der ist seiner Aufgabe gewachsen! Ruhig und klar macht Genosse Scheidemann die üblichen geschäftlichen Mitteilungen. Er teilt die Namen der neugewählten Schriftführer mit und erwähnt, daß er mehreren Abgeordneten, darunter dem nationalliberalen Kommerzienrat Bartling und dem ultramontanen Fürsten zu Salm Urlaub erteilt hat. Und dann verliest er das Rücktrittschreiben Spahn's. Zentrum und Rechte quälen sich Beifallskundgebungen ab, über die die Linke mit Heiterkeit quittiert. Paasche ist noch nicht zurückgetreten. Er überlegt sich noch. Freilich scheint er, wie nunmehr verlautet, doch dem Fraktionsdruck weichen zu wollen.

Inzwischen beantragen Groeber und Bassermann Vertagung. Genosse Scheidemann stellt den Antrag zur Abstimmung, der darauf angenommen wird und beraumt die nächste Sitzung auf Mittwoch 2 Uhr an. Auf der Tagesordnung steht die Präsidentenwahl und außer Interpellationen, die Staatsberatung. Die stand schon auf der Tagesordnung der Dienstags-Sitzung und alle Staatssekretäre — nur Bethmann nicht — waren zur Stelle. Das ist insofern von Bedeutung, als die Konventionen mit aller Macht daran arbeiten, einen Ministerstreik zu provozieren. Die Regierung soll den Reichstag boykottieren, der es gewagt hat, sich einen Sozialdemokraten zum Vizepräsidenten zu geben. Und während so die Ritter mit Streik und Boykott arbeiten wollen, sollen die Völligen Disziplinabsichten hegen. Man wird ja sehen, was der nächste Tag bringt. Die Fortschrittliche Volkspartei hält, wie rühmend hervorgehoben werden soll, fest und entschlossen zur Linken. Wie immer die Sache auslaufen werde — spricht man doch sogar von einer beabsichtigten Schließung des Reichstags auf einige Tage — die entschiedene Linke, Sozialdemokraten und Fortschrittler sind es nicht, die mit Unreuen aus dieser, durch ultramontane Lücke und nationalliberale Feigheit geschaffenen Situation hervorgehen werden.

Die Präsidentenkrise im Reichstage.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Schwarz-Blauen es darauf abgesehen haben, die Arbeitsunfähigkeit des Reichstages herbeizuführen und die „Märkische Volkszeitung“ läßt auch bereits durchblicken, daß die Regierung am klügsten täte, sie würde diesen Reichstag sofort wieder auflösen. Die vom Wolff'schen Bureau verbreitete Nachricht, wonach die nationalliberale Fraktion beschlossen habe, dem Abgeordneten Paasche nahe zu legen, vom Präsidium zurückzutreten, entsprach nicht der Wahrheit. In Wirklichkeit hatte es sich gar nicht um eine Fraktions-Sitzung gehandelt, an der die ganze Fraktion hätte teilnehmen können, vielmehr hatte lediglich der Abgeordnete Schiffer ein paar nationalliberale Abgeordnete zusammengetrommelt, ein paar Vertrauensmänner hinzugezogen und von diesen ist dann der Beschluß gefaßt worden. Der Führer der Fraktion, Abgeordneter Bassermann, war überhaupt nicht anwesend, sondern traf erst am Dienstag wieder in Berlin ein. Gleichwohl sind die Nationalliberalen nun so weit herbeigewandert, daß sie sich am Präsidium nicht mehr beteiligen wollen.

In einem sehr scharf gehaltenen Schreiben an die Fraktion verlangt Paasche Aufklärung über die Vorgänge innerhalb der Fraktion. Von dieser Auskunft will er dann seine weitere Stellungnahme zur Fraktion abhängig machen. Das klingt ja sehr mutig!

Die Fortschrittliche Volkspartei hat nun das folgende Communiqué verbreiten lassen:

„Die Fortschrittliche Volkspartei hat in ihrer letzten Besprechung vor der heutigen Sitzung des Reichstages in Erwägung gezogen, obwohl es gegen ihr Parteinteresse sei, das Opfer zu bringen und den Präsidenten des Reichstages zu stellen. Sie hofft weiter, daß der Abgeordnete Paasche das Amt des zweiten Vizepräsidenten nicht niederlegen werde. Sollte dies doch der Fall sein, dann ist die Fortschrittliche Volkspartei weiter bereit, auch den zweiten Vizepräsidenten zu stellen, immer ausgehend von dem Gedanken, den Reichstag für vier Wochen arbeitsfähig zu erhalten, um der Notwendigkeit einer Vertagung zu entgehen.“

Nach Lage der Sache wird nunmehr Herr Kaempf als Präsident gewählt werden, während an Stelle des Abg. Paasche der Abg. Paasche treten wird. Die reaktionäre Presse gibt sich der Erwartung hin, daß bis zu der in vier Wochen zu erfolgenden Wiederwahl des Präsidiums die reaktionären Parteien sich geeinigt haben werden, um dann mit Hilfe

der Nationalliberalen das Präsidium: mit Männern ihres Vertrauens zu besetzen. Die „Germantia“ sagt zwar, daß das Zentrum nicht die Absicht habe, die Geschäfte des Hauses aufzuhalten, läßt aber durchblicken, daß es wegen der Handhabung der Geschäftsordnung wohl bald zu Zusammenstößen kommen werde.

Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß man in den Kreisen des Zentrums und der Konservativen damit rechnet, in den nächsten Tagen schon irgend einen Zwischenfall zu provozieren und dann das Präsidium stürzen zu können. Jedenfalls kann die Sozialdemokratie nicht der Vorwurf treffen, daß sie etwa bestrebt war, die Arbeitsfähigkeit des Reichstages zu beeinträchtigen. Daß bis jetzt noch kein Präsidium zustande gekommen ist, ist lediglich die Schuld der bürgerlichen Parteien.

Die Nationalliberalen in der Kammer.

Die Anhänger der nationalliberalen Partei im Lande brauchen gegen die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion mobil. Der Vorstand des nationalliberalen Vereins in Magdeburg hat in einer Resolution die Führer der Partei dafür verantwortlich gemacht, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion bei der Wahl des Reichstagspräsidiums gespalten war. Von jeher sei es das vornehmste Pflichtgebot der nationalliberalen Partei gewesen, über alle taktischen und sonstigen Parteirücksichten die unbedingte nationale Opferwilligkeit zu stellen. Dagegen sei durch die Stimmenabgabe für Bebel und Scheidemann in unerhörter Weise verstoßen worden. Die Enttäuschung darüber in den Kreisen der Partei sei so groß, daß die Zukunft der Partei direkt gefährdet erscheine. Der Verein fordert schließlich Einberufung des Zentralvorstandes und des allgemeinen Parteitag, um mit rückichtsloser Entschiedenheit volle Klarheit zu schaffen.

Die Nationalliberalen in Dresden sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß nationalliberale Stimmen auf Bebel gefallen sind, sie verlangen, daß sich das nicht wiederhole und daß kein Großblockpräsidium geschaffen werde.

Der Provinzialverband Schlefien der nationalliberalen Partei hat an den Abg. B a s s e r m a n n telegraphiert: „Wir bedauern aufrichtig, daß Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion ihre Stimme für Bebel als Präsidenten des Reichstages abgegeben konnten und begrüßen mit Genugtuung den Fraktionsbeschluss, wonach nunmehr unsere Partei eine Beteiligung am Präsidium ablehnt.“

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat auch bereits sozial Angst vor der eigenen Courage, daß sie fast jede Stunde zu einem anderen Beschluß kommt. Nicht nur von ihren Parteifreunden im Lande wird die Fraktion fortgesetzt bestrahlt — auch die Regierung übt einen scharfen Druck aus und sie bedient sich dazu des Erzreaktionärs Abg. Schiffer, der der Regierung schon immer in allen Dingen willfährig war. Zu alledem sind in dieser bedauerlichen Fraktion — auch noch persönliche Differenzen zum Ausbruch gekommen.

Initiativ-Anträge im Reichstage.

Fortschrittler und Konservative haben bereits eine stattliche Anzahl Initiativanträge im Reichstage eingebracht. Die einzelnen Anträge der Fortschrittler verlangen: Erhöhung der Pensionen der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand getretenen Beamten; Aufhebung der Besteuerung der Zündwaren; Reform der Reichs-Kempelei; Erleichterung der Neubildung von Fideikommissen; Regelung der Rechtsverhältnisse der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern; Ausbau des Koalitionsrechtes; Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Reichsbeamten; Einrichtung von Beamten-Ausschüssen; Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten, zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundlag des Völkerrechts zu erheben; Neueinteilung der Wahlkreise; Sonntag als Wahltag; Lieferung der Wahlurnen von Reichs wegen; Ausbau der Geschäftsordnung des Reichstages; Ausbau der Verfassung durch Einfügung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers; Errichtung eines Staatsgerichtshofes.

Die Konservativen verlangen in ihren Anträgen: Gezielte Abgrenzung von Fabrik und Handwerk; Erhöhung des Reichszuflusses für das „Deutsche Handwerkerblatt“ von 6000 auf 10 000 Mk.; die Behörden zum Bezug dieses Blattes aufzufordern; Regelung des Submissionswesens nach der Richtung hin, daß der Zuschlag nur zu einem „angemessenen Preise“ erfolgen darf; Konzessionszwang für den Betrieb eines Wanderlagers; Erhöhung der Altersgrenze für den Bezug eines Wanderarbeiterbescheines von 25 auf 45 Jahre; Berechtigung der Snnungen, ihren Mitgliedern bestimmte Preise vorzuschreiben; Belegung kleiner Städte mit Garnisonen; alljährlich einmalige freie Eisenbahnfahrt für Militärurlauber; Erneuerungsrecht in größerem Umfang; Erhöhung des Soldes für Pferde; Verbot der Beschäftigung jugendlicher Personen unter 16 Jahren in gesundheitsgefährlichen und gefährdenden Betrieben; Verbot des bandenweisen Umherziehens der Zigeuner; die Kosten der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischschau den Bundesstaaten zu überbürden.

Die sozialpolitischen Anträge der sozialdemokratischen Fraktion sind gestern eingebracht worden. Alle in den ersten zehn Tagen nach Beginn einer neuen Session eingebrachten Anträge gelten als gleichzeitig eingebracht, jedoch also die sozialdemokratischen Anträge nicht etwa hinter den fortschrittlichen oder konservativen rangieren. Bei den eigenartigen Verhältnissen, wie sie nun einmal im Reichstage bestehen, haben freilich die meisten der Anträge nicht die mindeste Aussicht, überhaupt zur Verhandlung kommen.

Zur Zentrumstraktion übergetreten.

Wir teilten bereits mit, daß ein Teil der schlüssigen Reichstagsabgeordneten dem Zentrum sich angeschlossen hat, um eine Vertretung in den Kommissionen zu haben. Es sind dies die Abgg. Ricklin, Schumann, Weiterle, Will, Dehor und Haug, sowie die lothringischen Abgeordneten Ledéque, Dr. Schatz und Windeck.

Das preussische Abgeordnetenhaus

setzte Dienstag die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Ein hierzu vorliegender Antrag, der die Regierung ersucht, Mittel bereit zu stellen zur Wiederbevölkerung der Gewässer, deren Fischbestände infolge der Dürre des vergangenen Jahres erheblich gelitten haben oder zugrunde gegangen sind, wurde der Agrarkommission überwiesen. In der vorangegangenen Debatte traten Redner aller Parteien, für unsere Fraktion Gen. Hirsch für die Interessen der kleinen Fischer ein. Einer konservativen Anregung auf Einführung eines Fischzollses trat unser Fraktionsredner sofort entgegen.

Nun Wahlrecht gekommen

sind auch die wahlberechtigten Inassen der Heilstätte Sülzheim a. Harz, die sich nachträglich in unserem Erfurter Parteiblatt über die Verkümmernng ihres Wahlrechts beklagen.

Dem Antrag der Kranken auf Eintragung in die Wählerliste wurde von der Ortsbehörde nicht entsprochen. Auf eingelegte Beschwerden antwortete am 27. Dezember der Landrat, die Inassen der Anstalt könnten in Sülzheim nicht wählen, weil sie dort keinen festen Wohnsitz hätten, denn ihren alten Wohnsitz hätten sie nicht aufgegeben. Hierauf wendeten sich 65 Beschwerdeführer an den Regierungspräsidenten in Hildesheim. Am 11. Januar, also einen Tag vor der Wahl, kam von dort ein Telegramm, das den ablehnenden Bescheid des Landrats bestätigte. Sofort ging hiergegen eine telegraphische Beschwerde an den preussischen Minister des Innern ab, der umgehend antwortete, daß die Kranken wählen könnten, wenn sie — in die Wählerliste eingetragen seien; eine nachträgliche Eintragung sei aber nicht mehr zulässig. So hatten die Beschwerdeführer wohl Recht bekommen, aber ihr Wahlrecht konnten sie trotzdem nicht mehr ausüben.

Da die Inassen von anderen Heilstätten die gleichen trübten Erfahrungen machen mußten, erscheint es notwendig, daß in Zukunft der Minister an seine untergeordneten Organe Anweisungen ergehen läßt, damit nicht die Staatsbürger auf obige Art um ihr Wahlrecht kommen können.

Wahlanfechtung.

Die Wahl des nationalliberalen Abg. List im fünften württembergischen Wahlkreise (Eßlingen-Kirchheim) ist von unseren Parteigenossen angefochten worden. List wurde nach der amtlichen Feststellung mit 46 Stimmen Mehrheit gegen unseren Genossen Schlegel gewählt. Der Anfechtung liegen 16 Verstöße zugrunde, für die im einzelnen Beweise angeboten werden. Es handelt sich um Gewährung von Freibier, mangelhafte Beschaffung eines Isolier-raumes und Bestechung von Wählern. Der krassste Fall betrifft das geizwidrige Eingreifen beamteter Personen in die Wahlaktion, womit obendrein unwahre Eintragungen in das Wahlprotokoll verbunden sein sollen.

Keine Ausnahmen für die freien Hilfskassen.

Nach § 503 der neuen Reichsversicherungsordnung kann auf Antrag die höhere Verwaltungsbehörde die erforderliche Mindestzahl der Mitglieder für Hilfskassen, die ihre Existenz behalten wollen, von 1000 bis auf 250 herabsetzen. In einem Spezialfalle hat sich der preussische Minister jetzt dahin geäußert, daß er von diesem Rechte grundsätzlich keinen Gebrauch machen werde.

Schwarze Terroristen.

In Würzburg ist das Zentrum bei der Reichstagswahl, in Bamberg bei der Landtagswahl unterlegen. Aus beiden Städten wird nun berichtet, daß Geschäftsleute, die im Verdacht stehen, liberal gewählt zu haben, scharf boykottiert werden.

Die Abgg. Heyl und Dr. Becker sollen von den Nationalliberalen kaltgestellt werden.

Eine Konferenz heftiger Nationalliberaler beschloß am Sonntag in Frankfurt a. M., daß die Abgg. Heyl und Dr. Becker der nationalliberalen Partei fernzuhalten seien. Beide seien nicht nationalliberal, und im Interesse der Partei liege es, wenn so scharf und so rasch als möglich die volle Trennung vollzogen werde.

Die Wirkung des englischen Besuchs in Berlin.

Der englische Kriegsminister Haldane erstattete am Montag seinen Kollegen in London Bericht über seine Erfahrungen und Eindrücke in Berlin. — Im Zusammenhang hiermit scheint die Mahnung in der Londoner „Westminster-Gazette“ zu stehen, nach der erwartet wird, daß die verantwortlichen Männer Englands die Moral aus dem jüngsten Vorfall ziehen mögen, sich ernsthaft zu bemühen, Ministerreden bei wichtigen Anlässen in Einklang miteinander zu bringen.

Aus den weiteren Ausführungen des englischen Statess geht hervor, daß bei der englisch-deutschen Unterredung die Flottenfrage ausgeschieden wurde. Die Auflassung der Flottenfrage sei in England und Deutschland verchieden und die Differenz sei eine Folge der politischen Beziehungen. Es sei daher fruchtlos für Staatsmänner, sich der Flottenfrage zuzuwenden, bevor sie in den politischen Fragen einen Fortschritt zu verzeichnen hätten. Wenn sie aber in dem zweiten Punkte erfolgreich seien, werde auch in dem ersten automatisch eine Erleichterung eintreten. — Unsere Panzerplattenpatrioten sind also beruhigt; weiteren Rüstungen zu Wasser und zu Lande steht nichts im Wege.

Das Blatt fährt fort: „Wir hoffen, daß die Staatsmänner auf beiden Seiten von der Flotte zunächst absehen und ihre Unterhaltungen über die politischen Fragen fortsetzen werden. Wir müssen die Deutschen überzeugen, daß wir unsere Macht nicht brauchen, um ihren berechtigten Ehrgeiz in der ganzen Welt zu durchkreuzen. Frankreich und Rußland erhoben früher dieselbe Klage, und es war Material genug vorhanden, sie glaubwürdig zu machen. Aber sie überleben in keinem Falle den praktischen Beweis, daß wir bereit waren, unsere Differenzen im Sinne des do ut des zu schlichten. So hoffen wir, wird es auch mit Deutschland geschehen. Der bloße Austausch von Höflichkeit hat keinen Zweck mehr. Stellen wir fest, was jene Klagen bedeuten, und trachten wir, sie zu beseitigen, nötigenfalls auch durch Konzessionen, wozu wir

nicht bereit wären, wenn wir die Weltpolitik vom rein strategischen Standpunkt aus betrachteten.“

Die alldeutschen Kriegsheger werden nicht davon erbaut sein, daß ihnen der Wind aus den Segeln genommen wird.

Wehr- und Junggesellensteuer.

Mit der vom vorigen Reichstag abgelehnten Erbschaftsteuer war bekanntlich eine Wehrsteuer insofern verbunden, als die Erbschaftsteuer höher sein sollte, wenn der Erblasser nicht gedient hatte. Diesen Gedanken soll die Regierung jetzt wieder, wenn auch in etwas veränderter Form aufgegriffen haben. Wie nämlich die „Tägliche Rundschau“ von unterrichteter Stelle erfahren haben will, geneht die Regierung zur Deckung der Kosten der Wehrvorlagen die Deszendentensteuer mit heranzuziehen. Da aber die Deszendentensteuer in der ihr feinerzeit vom Reichsschatzamt gegebenen Form allein zur Deckung der Mehrerfordernisse nicht hinreicht, sind verschiedene Projekte aufgetaucht, die für die fehlenden Millionen Deckung bringen sollen. Ein Teil der Bundesregierungen vertrat den Standpunkt, außer der Deszendentensteuer von neuen Steuern abzusehen und die Mehrausgaben auf den ordentlichen Etat zu nehmen. Dieser Vorschlag ist vom Staatssekretär W e r m u t mit Erfolg bekämpft worden und nun liegt dem Bundesrat das Projekt vor, mit der Erbschaftsteuer eine Wehr- und Junggesellensteuer in der Weise zu verknüpfen, daß Junggesellen und Personen, die von der Wehrpflicht befreit sind, bei Erbschaften mit höheren Sätzen zur Erbschaftsteuer herangezogen werden sollen.

Italien.

Der Krieg. In der Nacht zum Dienstag führten die Türken zwei heftige Angriffe auf die italienische Südfrent aus. Die Italiener haben hierbei nach ihrer Angabe gesiegt. Der Tod hat bei diesem Krieg reiche Ernte gehalten. Außer 60 Toten und einem Schwerverletzten fand man in weitem Umkreise zerstreute Stücke menschlicher Körper. Die Verluste auf italienischer Seite beliefen sich auf 3 Tote und 22 Verletzte, darunter ein Offizier.

China.

Die Republikaner haben dem Edikt über die Einführung der Republik unter folgenden Bedingungen zugestimmt: Der Kaiser behält den Titel und erhält eine Jahresapanage von vier Millionen Tael, die nach der Durchführung der Währungsreform vier Millionen Dollar beträgt. Das Palastpersonal bleibt, doch sollen die Einnahmen nicht ergänzt werden. Die Mandchupensionen werden weiter gezahlt, bis Mittel für den Lebensunterhalt der Empfänger gefunden sind. Religionsfreiheit wird gewährleistet. Der Hof bleibt gegenwärtig in der verbotenen Stadt, später soll er im Sommerpalast in der Nähe von Peking residieren. Die Anleiheunterhandlungen werden wieder aufgenommen.

Das Edikt über die Einführung der Republik besagt, daß das Volk die Verantwortung dafür übernehme, daß die Opfer vor den kaiserlichen Ahnentempeln und Mausoleen immer dargebracht würden, daß der Kaiser nur auf seine politische Macht verzichte, während der kaiserliche Titel nicht abgeschafft werde. Es erklärt, daß die kaiserlichen Verwandten, Mandchus, Mohammedaner und Tibetaner sich bemühen werden, sich mit den Chinesen zu verschmelzen und alle Rassenunterschiede und Rassenvorurteile zu beseitigen. Das von Juanshikai erzielte Kompromiß ist für alle eine Erlösung. Die Ausländer und die Chinesen glauben, daß das Edikt alle Parteien befriedigen werde.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 14. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Mißregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grasmühle S. und J. Brüggan, Hafensiraße, die Arbeit eingestellt. Zutritt ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Beigelegter Konflikt. Die hiesige Zweigvereinskleitung des Verbandes der Friseurgehilfen teilt mit, daß die Differenzen, welche vor kurzem bei dem Friseur Riechermann, Marktviere 2, ausgebrochen waren, beigelegt sind. Letzterer hat einen Vergleichsvorschlag, welcher von unserer Seite gemacht wurde, angenommen. Das Geschäft gilt wieder als geregelt.

Genosse Eduard Bernstein als „Mitarbeiter“ der rechtsliberalen „Eisenbahn-Zeitung“. Am Sonntagabend aber druckte die „Eisenbahn-Zeitung“ einen Artikel „Das Problem des Neuen Reichstages“ ab, als dessen Verfasser Eduard Bernstein, M. d. R., angegeben wurde. Das Blatt gab dem Artikel folgende Einleitung:

„Die Haltung der Sozialdemokratie im neuen Reichstage ist von entscheidender Bedeutung für die Frage, ob die verstärkte Linke ein ausreichendes Gegengewicht gegen die bisherige Mehrheitskoalition zu bilden vermag. Dem Grundgesetz getreu, jede auf fruchtbare Politik gerichtete, sachlich begründete Anschauung zu Wort kommen zu lassen, haben wir den bekannten Revisionisten E. B e r n s t e i n gebeten, sich über die Auffassung der Sozialdemokratie zu dieser Frage zu äußern. Wir geben seine Darlegungen natürlich nicht als Darstellung unserer Anschauungen, sondern nur als die beachtenswerte Äußerung eines Vertreters der stärksten Reichstagsfraktion wieder. D. Red.“

Es wird manchem Parteigenossen — gerade so wie uns — unangenehm erscheinen sein, daß ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Mitarbeiter eines Blattes geworden sein sollte, das sich in scharfer Kampfstellung gegenüber der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften befindet. Nunmehr wurde das Rätsel gelöst. Genosse Bernstein erklärt im „Vorwärts“ folgende Erklärung:

Es wird mir mitgeteilt, daß etliche sogenannte partei-lose Blätter einen Artikel aus meiner Feder über die Probleme des neuen Reichstages mit einem Zusatz veröffentlicht haben, der den Glauben erweckt, es sei der Artikel von mir auf Bestellung der betreffenden Redaktionen speziell für sie geschrieben worden. Da Parteigenossen dadurch irreführt wurden, sehe ich mich veranlaßt festzustellen, daß

der Artikel von mir für die von Dr. A. Dammert heraus-
gegebene Korrespondenz „Kulturbeiträge“ verfaßt wurde,
irgendwelche direkte Beziehung zwischen mir
und jenen Redaktionen aber nicht
besteht.

Berlin, 13. Februar 1912. Ed. Bernstein.

Wir sind der Auffassung, daß Parteigenossen über poli-
tische Fragen nur in der Parteipresse schreiben sollten, be-
merkt dazu mit Recht der „Vorwärts“.

Die „unpolitischen Kriegervereine“. Die „Parole“,
das Organ des Deutschen Kriegerbundes, bringt am Kopfe
ihrer Nr. 9 einen Erguß in Fettdruck, in dem es heißt:

„Die Sozialdemokratie, die von den Kriegervereinen
als Feind des Vaterlandes und der Monarchie bekämpft
wird, hält ihren Einzug in den neu gewählten Reichstag in
mehr als verdoppelter Stärke, der Zahl nach als die größte
der Parteien. Dies Ergebnis entspricht nicht den Wün-
schen treuer Kriegervereiner, die sich in ihren Satzungen
die Pflege und Betätigung der Treue und Liebe zu Kaiser
und Reich zur Aufgabe gestellt haben. Unsere Aufgabe
lautet nach wie vor: Unentwegtes Festhalten an der
Treue zu Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland! Auch
ferner werden wir die Sozialdemokratie mit aller Kraft
bekämpfen.“

Die Kriegervereine waren zuerst gedacht als Vereine, in
denen die Kameradschaft der gedienthabenden Volksgenossen
weiter gepflegt werden sollte, wo Erinnerungen ausgetauscht
werden sollten. Erfüllten die Vereine nur diesen Zweck,
dann kämen wir nicht dazu, uns mit ihnen zu be-
fassen. Aber wenn es auch noch eines weiteren Beweises
bedürft hätte, so ist der vorstehende „Ausruf“ wohl dazu
angeht; alle Zweifel über den Zweck der Kriegervereine
zu zerstreuen. Es tritt hier wie auch schon so oft klar
zutage, daß sie nichts anderes sind, als Organisations- und
Dienstleistungen des Reichs, wahlrechtsverbändes zur Bekämpfung
der Sozialdemokratie. Nun muß leider konstatiert werden,
daß noch Arbeiter diesen Vereinen angehören, Arbeiter, die
mit uns fühlen und denken. Diese sollten denn doch noch
einmal gründlich mit sich zu Rate gehen, ob sie noch länger
gewillt sind, durch ihre Zugehörigkeit zu solchen Vereinen die
Bestrebungen einer skrupellosen Kunterfaste zu unterstützen,
und damit ihren eigenen Interessen ins Gesicht zu schlagen.
Für einen Arbeiter, der noch etwas auf seine Würde hält,
kann es nur eines geben: Keine Stunde mehr Mitglied im
Kriegerverein!

Der Unterhaltungsanspruch unehelicher Kinder. Das
Archiv Deutscher Berufsvormünder in Frankfurt a. M., das
nach seinen Satzungen den Zweck verfolgt, der Entwicklung
der gesamten Kinderfürsorge zu dienen, unterbreitet der
Öffentlichkeit gemäß eines Beschlusses, der im September
1911 auf der sechsten Tagung Deutscher Berufsvormünder
gefaßt wurde, folgendes: Von allen Kindern, die der Obhut
der Berufsvormundschaft anvertraut sind, bedürfen die un-
ehelichen Kinder eines besonderen Schutzes und erhöhter Auf-
merksamkeit, da sie, die von der Familie losgerissen sind,
größerer Gefährdung ausgesetzt sind und eine unproportio-
nally große Säuglingssterblichkeit aufweisen. Ihr Wohl von
der Berufsvormundschaft entgegengeartet durch Fürsorge-
maßregeln für die Person des Kindes und dadurch, daß die
Unterhaltungsfrage geregelt und die Mittel für das uneheliche
Kind beschafft werden. Diese letztere Frage verdient um so
größere Berücksichtigung, als die unehelichen Kinder fast
durchweg mittellos und ohne den Unterhaltsanspruch auf die
knappen Mittel des Armenwesens angewiesen sind.

Bei der Durchführung der Maßnahmen zur Sicherung
der Unterhaltungsfordernngen stieß der Berufsvormund in dem
häufig eintretenden Fall, daß ein Arbeiter unehelicher Vater
war, insofern vielfach auf Schwierigkeiten, als bei einer durch
ihn ausgebrachten Lohnbeschlagnahme der Arbeitgeber den
Arbeiter entließ, lediglich um etwaigen durch die Pfändung
entstandenen Umständen aus dem Wege zu gehen. Um
diesen Unzuträglichkeiten zu begegnen, wurde auf der fünften
Tagung Deutscher Berufsvormünder in Berlin (Oktober 1910)
beschlossen, an die Arbeitgeber das Ersuchen zu richten, im
Falle einer Lohnbeschlagnahme durch den Berufsvormund die
Arbeiter nicht zu entlassen, vielmehr auf ein Einvernehmen
zwischen Arbeiter, Arbeitgeber und Berufsvormund hinzu-
wirken, um auf diese Weise dem Kinde seinen Unterhalt
nicht zu entziehen und den Arbeiter nicht brotlos zu machen.

Das Archiv Deutscher Berufsvormünder, dem die Aus-
führung des Beschlusses übertragen wurde, wandte sich mit
einem entsprechenden Rundschreiben an die Handels-, Ge-
werbe- und Handwerkskammern sowie die großen Arbeit-
geberverbände. Aus der großen Anzahl von Antwortschrei-
ben, die aus dem gesamten Deutschen Reich dem Archiv
zugingen, ging hervor, daß seine Bestrebungen allgemein an-
erkannt und daß der Anregung überall gern entsprochen
worden war, oft in der Form, daß das Rundschreiben ge-
legentlich der Sitzungen der Kammern und Verbände ver-
öffentlicht wurde, und es wurde fast allseitig bereitwilligst
möglichste Unterstützung durch Einwirkung auf die Arbeit-
geber, auch Unterstützung durch die Arbeitgeber selbst zuge-
sichert. Allein es wurde von seiten der Kammern auch dar-
auf hingewiesen, und die Praxis bestätigt dies täglich, daß
der Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes oft deshalb
vereitelt wurde, weil die Arbeiter im Falle der Lohnbeschlagnahme
die Arbeit niederlegten, um anderweitig nur die not-
wendigste Beschäftigung aufzunehmen und so dem Anspruch
des Kindes zu entgehen.

Das Archiv wendet sich daher in Verfolg des Beschlusses
auf der sechsten Tagung Deutscher Berufsvormünder auch an
die Arbeiterorganisationen mit dem Ersuchen, auf die
Arbeiter in der Richtung einzuwirken, daß sie im Falle einer
Lohnbeschlagnahme durch den Berufsvormund die Arbeit
nicht sofort niederlegen, sondern zunächst zwecks Verständig-
ung mit dem betreffenden Vormunde ins Vernehmen treten.
Es wird meist die Lohnbeschlagnahme in der Höhe der ge-
samten Forderung ausgebracht. Da es aber selbstverständ-
lich ist, daß der Arbeiter die gesamten Rückstände zu zahlen
müßte, nicht in der Lage ist, so wird
regelmäßig mit dem Berufsvormunde eine Einigung
dahin getroffen werden können, daß die
Rückstände nicht eingefordert werden, falls nur der laufende
Unterhalt des Kindes bei Berücksichtigung des Verdienstes
des Arbeitervaters von ihm gewährt wird. Der Berufsvor-
mund wird regelmäßig von dem Arbeiter nur das verlangen,
was er zu zahlen in der Lage ist.

Das gegenwärtige Ersuchen stützt sich auf die Erfah-
rungstatsache, daß die Zusammenarbeit von Berufsvormund-
schaft und Arbeiterorganisationen bislang von beiden Seiten
gesucht wurde und gute Ergebnisse gezeitigt hat — dies wurde
auch in der dem Beschluß führenden Diskussion mehrfach
betont —, daß daher auch in dieser Frage, die das Wohl
unmittelbarer und unterstützungsbedürftiger Kinder zum
Gegenstand hat, auf das Entgegenkommen aller Beteiligten
gerechnet werden könne.

Die Opfer des Eises mehren sich in erschreckender
Weise. Jeden Tag veröffentlicht die Presse eine Anzahl
von Fällen, in denen Kinder, ja sogar Erwachsene, dünnes
oder morsches Eis betreten hatten und diesen Leichtsinn mit
dem Verluste ihres Lebens büßen mußten. Wenn in Lübeck
sich solche Unfälle in diesem Winter sehr selten ereignet
haben, ist das wohl besonderen Glücksumständen zu ver-

danken, denn die Waghalsigkeit ist hier nicht minder groß
wie andernorts. Noch in den letzten Tagen konnte man
beobachten, wie Kinder das brüchige Eis des Elbe-Trave-
Kanals betraten, ja sogar auf bereits treibenden Eisschollen
sich vergnügten. Ein Fehltritt, eine dünne, brüchige Stelle
im Eise, und das Unglück ist geschehen. Die Eltern sollten
deshalb mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß ihre
Kinder sich nicht der Gefahr aussetzen, welche das Betreten
des Eises gegenwärtig in sich birgt. Auch wäre es wohl
zweckmäßig, wenn die Schutleute dieser Sache ihre Augen-
merk zuwenden würden, bevor Unglücksfälle eingetreten sind.

Vorträge der Oberschulbehörde. Zu dem zweiten Vor-
trag des im Auftrag der Oberschulbehörde gehaltenen Vor-
tragszyklus über das Gesangs- und Sprechorgan des Men-
schen sprach Montagabend Dr. Bancocelli-Galizia,
Leiter des phonetischen Laboratoriums des Seminars für
Kolonialsprachen zu Hamburg. Vortragender behandelte den
Stoff von physiologischen Standpunkt aus und besprach die
Tätigkeit des Kehlkopfs und der verschiedenen Teile des Au-
sagrohrs sowie die Untersuchungstechnik dieser Organe, in-
dem er selbstverständlich besondere Rücksicht auf die Er-
scheinungen nahm, die für die Gesangs- und Sprechpädä-
gogen von Interesse sein können. Zahlreiche Lichtbilder er-
läuterten den Inhalt des Vortrags.

Handelsregister. Am 18. Februar 1911 ist eingetragen
1. die Firma Johann Dittmer, Lübeck. Inhaber: J.
Dittmer, Kaufmann in Lübeck; 2. bei der Firma „Glo-
bus“, Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in
Hamburg, Zweigniederlassung Lübeck: W. R. H. Bothe in
Hamburg ist aus dem Vorstande ausgeschieden. A. Bauer in
Hamburg ist zum Vorstandsmittglied bestellt.

Stenographisch-Statistisches. Der Stenographenverein
Stolze-Schrey zu Lübeck schreibt uns: Die nun vorliegenden
statistischen Zusammenstellungen der Stenographieschulen
Stolze-Schrey und Gabelsberger zeigen im allgemeinen, daß
die Stenographie in immer weitere Kreise dringt, immer
mehr zur Anwendung kommt und daher auch im Ansehen
steigt. Im besonderen ist aus der Statistik zu ersehen, daß
trotz der lähmenden Wirkung, welche durch die schwebenden
Beiträge zur Schaffung eines Einheitsystems ausge-
übt wird, das System Stolze-Schrey über Erwarten günstige
Fortschritte aufzuweisen hat. Für die Leser dürften
folgende Zusammenstellungen von Interesse sein:
Im Deutschen Reich wirkten im Jahre 1911 für Ga-
belsberger 2296 (+ 67) Vereine mit 99 018 (+ 2686) Mit-
gliedern, für Stolze-Schrey 1908 (+ 123) Vereine mit 75 677
(+ 8081) Mitgliedern; die Zahl der Unterrichteten beträgt
103 449 (+ 2328) Gabelsbergerianer und 122 758 (+ 8280)
Stolze-Schreyaner. Preußen allein zählte nach Gabels-
berger 960 (+ 31) Vereine, 29 188 (+ 358) Mitglieder und
23 403 (- 850) Unterrichtete, nach Stolze-Schrey 1406 (+ 86)
Vereine, 54 665 (+ 5963) Mitglieder und 95 187 (+ 5982)
Unterrichtete. Auf Mecklenburg-Schwerin ent-
fallen nach Gabelsberger 16 Vereine, 395 Mit-
glieder und 505 Unterrichtete, nach Stolze-Schrey 15 Ver-
eine, 714 Mitglieder und 1114 Unterrichtete; auf
Mecklenburg-Strelitz nach Gabelsberger 2 Vereine,
25 Mitglieder und 28 Unterrichtete, nach Stolze-Schrey 3
Vereine, 59 Mitglieder und 83 Unterrichtete. In Lübeck
verteilen sich 62 Gabelsbergerianer auf 4 Vereine mit 7
unterrichteten Personen, während 527 Stolze-Schreyaner in
5 Vereinen zusammengeschlossen und 1047 Personen in der
Kurzschrift Stolze-Schrey ausgebildet sind. Die beiden
Schweizerstädte weisen auf: Bremen nach Gabelsberger 8
Vereine, 322 Mitglieder und 231 Unterrichtete, nach Stolze-
Schrey 18 Vereine, 936 Mitglieder und 1892 Unterrichtete;
Hamburg nach Gabelsberger 14 Vereine, 477 Mitglieder
und 280 Unterrichtete, nach Stolze-Schrey 26 Vereine, 1126
Mitglieder und 7388 Unterrichtete.

pb. Bodenkammerdiebstahl. Aus einer Bodenkammer
des Hauses Falkenstraße Nr. 28 sind in letzter Zeit folgende
Kleidungsstücke gestohlen worden: 1 fast neues Jackenförmig
von blauer Farbe, 1 graukarrierter Jackettanzug, 1 grau-
karrierter, einreihiger Rockanzug, 1 hellgraugestreifter, zwei-
reihiger Jackettanzug, 1 dunkelgrauer, kariertes Jackett-
anzug, 1 grau kariertes Hose, die im Taillenschnitt die
Firma J. J. Schneider trägt, und 1 braun kariertes Jackett-
anzug.

pb. Entwendete Uhr. Einem in der Markstraße 20a
wohnhaften Arbeiter wurden aus seiner Wohnung am 13.
d. M. eine alte silberne Herren-Schlüsseluhr mit der Fabrik-
nummer 6386 und ein Paar neue Schnürschuhe mit Lack-
spitzen gestohlen.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1).
Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 16. d. Mts., abends
6-7 Uhr.

Im Stadthallen-Theater gelangt am Freitag, dem
16. Februar, abends 8 Uhr Verdis große Oper „La Tra-
viata“ (Violetta) zur Aufführung. (Vorverkauf der Billets
siehe Inserat.)

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am
Donnerstag abend 7 Uhr geht Richard Wagners Musik-
drama „Die Walküre“ nochmals in Szene. Das
Ende dieser Vorstellung ist noch vor 11 Uhr abends,
sodas die auswärtigen Theaterbesucher die von Lübeck ab-
gehenden Nachtzüge bequem erreichen können. — Am Freitag
findet bei gewöhnlichen Schauspiel-Preisen ein einmaliges
Gastspiel des Herrn Robert Hilz vom Deutschen
Schauspielhaus in Hamburg in Henrik Ibsens wirkungs-
vollen Schauspiel „Die Wildente“ statt.

w. Mölm. Opfer des Eises. Auf dem Eise des
heiligen Bahnhofs sind Montag abend die Knaben Piesch
und Körting eingebrochen, Körting ist ertrunken, Piesch
konnte durch den Lehrer Peterfen gerettet werden. Die
Leiche des K. ist noch nicht geborgen.

Hamburg. Schwere Schiffskollision in der
Elb-mündung. Der von See kommende Dampfer
„Answald“ aus Bremen geriet im Nebel beim ersten
Elbe-Feuerschiff mit dem von Goole kommenden englischen
Dampfer „Humber“ in Kollision. Dieser wurde derartig
getroffen, daß er ein bedeutendes Loch bis weit unter der
Wasserkante erhielt, so daß er gleich voll Wasser lief und un-
weit des ersten Feuerschiffes in die Tiefe sank. Die
Mehrzahl der Besatzung konnte von der Besatzung des
Dampfers „Answald“ gerettet werden, während sechs Mann
ein Boot ausgeliefert hatten, dann vom Dampfer „Senator
Holtshusen“ aufgenommen und in Rughaven gelandet wurden.
Die beiden Fischdampfer „Senator Holtshusen“ und „Senator
Kefardt“ hatten versucht, dem Dampfer „Humber“ Hilfe zu
leisten. Der Dampfer „Answald“ hat keinen erheblichen
Schaden erlitten. Er ist gleich nach der Kollision zu Anker
gegangen; als der Nebel sich gelegt hatte, kam er am Dien-
stag nachmittag hier an. — Opfer des Eises. Ein
trauriger Unfall ereignete sich am Mittelkanal. Dort brach
der sechsjährige Knabe Herbert Lorenzen auf einer dünnen
Eisscholle ein und ertrank trotz sofortiger Hilfeleistung. Die
Leiche wurde später geborgen und in die elterliche Wohnung
an der Giffelstraße Nr. 48 geschafft.

Hamburg. Nationaler Terrorismus. Eine
treffliche Illustration zu dem Geschrei über den angeblichen
„Terrorismus“ sozialdemokratischer Gewerkschaftler und die

„Zwangsmittelkraft“ in den freien Gewerkschaften bildet
ein Schreiben, das der Vaterländische Arbeit-
nehmerbund durch seinen Vorsitzenden, H. A. Vieh-
ti nger an einen Arbeiter Schröder richtet. Es lautet:

Hamburg, den 11. Februar 1912.
Herrn Schröder.

Da wir Ihnen die Arbeit bei... nachgewiesen haben,
mache ich Sie darauf aufmerksam, daß ich Ihnen die Arbeit
unter der Bedingung nachgewiesen habe, daß Sie Vaterländisch
geinnt sind und dem Vaterländischen Arbeitnehmerbund be-
treten. Ich habe vergebens auf Ihren Eintritt
gewartet, ich höre, daß Sie das Gegenteil
von dem sind, für was Sie sich hier aus-
gegeben. Ich dulde natürlich nicht, daß Sie uns etwas
vorliegen. Sollten Sie bis spätestens im Verlauf dieser
Woche nicht hier im Sekretariat erschienen sein, werde ich
unnachlässig gegen Sie vorgehen. Wenn Sie sich dann
zwischen zwei Stühlen setzen, haben Sie sich dies selbst
zuzuschreiben.

Hochachtungsvoll

Gez.: J. A. Viehtinger, Sekretär.

Diese Leistung spricht für sich selbst; eine Kritik erübrigt
sich. Aber was sagen die Bekämpfer des „sozialdemokra-
tischen Terrorismus“ zu dieser Leistung ihrer Schützlinge?
Werden sie diesen Fall dem hamburgischen Vertreter im
Bundesrat mit überweisen, wenn es „das Vorgehen der sach-
lichen Regierung“ zu unterstützen gilt? Und wird sich ein
Staatsanwalt finden, der Veranlassung nimmt, gegen diese
Nötigung zu Felde zu ziehen? Warten wir ab.

Grevesmühlern. Wie in Mecklenburg gewöhnt
wird. Aus einem Wahlprotokoll, der sich gegen die Wahl
des konservativen Abgeordneten Pauli im ersten mecklen-
burgischen Wahlkreise Hagenow-Grevesmühlern richtet,
werden der „Post“, Bl. „einige interessante Einzelheiten mitge-
teilt, die auf die Art, wie man im Obotritenlande die Wahl-
ten macht, ein helles Licht werfen: Der Wahlvorsteher in
einem Orte bei Brahlendorf sagte am Hauptwahltag mit-
tags gegen 12 Uhr zu den sozialdemokratischen Kandidaten:
„Kommen Sie heute um 7 Uhr zur Ermittlung des Wahl-
ergebnisses nur wieder!“ Sprach, nahm seinen Wapp-
karton mit den bis dahin abgegebenen Stim-
men unter den Arm und verschwand. In einem
Dorf bei Hagenow führte der nicht wahlberechtigte Sohn
eines Gutsbesizers die Wähler einzeln an den Tisch im
Wahllokal, auf dem konservative Stimmentzettel und die amt-
lichen Kuverts lagen. Von beiden mußten die von ihm
Geleiteten nehmen, und dann führte er sie an die Urne. In
einem Wahllokal im Amt Hagenow waren bei der Wahl
keine Protokollformulare vorhanden. Man wählte trotzdem
ruhig, und nachdem gewählt war, fand man am abends einen
Voten nach Hagenow zum Großherzoglichen Amt,
um ein Protokollformular holen zu lassen. Am
Tage nach der Hauptwahl wurde dann
das Protokoll fertiggestellt. In einem Dorfe
lag ein Tagelöhner krank, der auf dem Gute des
Grafen Bernsdorf zu wählen hatte. Das machte man so:
Der Gutsinspektor holte von dem im Bett liegenden
Tagelöhner den Zettel für Pauli ab und gab ihn im Wahl-
lokal für den Erkrankten ab. Der Wahlvorstand
ließ diese Stimmgabe ruhig zu. In einem Dorfe bei
Gadebusch hatte ein Arbeiter aus Versehen statt des Stim-
mentzettel einen Zettel (wahrscheinlich einen Dorf-
anweisungszettel) in die Urne gesteckt. Als er das Versehen
zu Hause gemerkt wurde, kehrte er zurück und beachtete dem
Wahlvorstand sein Malheur. Der Wahlvorstand
durchsuchte nun alle Kuverts, die bis dahin ab-
gegeben waren, fand glücklich den Zettel, nahm ihn her-
aus, und ein Pauli-Zettel wurde dafür hineingesteckt. — Un-
geheuer kann man nicht gegen die Wahllokalen ver-
stoßen, und mit Recht wird deshalb die Wahl angefochten,
zumal bei der Hauptwahl die Differenz der Stimmen für
den sozialdemokratischen und den freikinnigen Kandidaten
nur 11 Stimmen betrug, eine unbeeinflusste Wahl also sehr
wohl insofern ein anderes Ergebnis hätte haben können, daß
statt des sozialdemokratischen der liberale Kandidat mit dem
Konservativen hätte in die Stichwahl kommen können. Dann
wäre aber Herr Pauli sicher nicht gewählt worden.

Ungeln. Brandstiftung. In Kühlgarde bei
Sörup brannten die Wirtschaftsgäude des Hufners Ni-
colaus Clausen völlig nieder. Während das Vieh gerettet
werden konnte, verbrannte sämtliches Inventar. Das hart-
gedeckte Wohnhaus wurde erhalten. Erst am letzten Son-
ntag wurde der große Hof des Landmannes Penningfen ein
Raub der Flammen, wobei alles Vieh verbrannte. Nun
hat der 16jährige Diensthilfe Engelhardt, ein Zögling des
Fleischburschen Martin-Stiftes, gestanden, beide Brände
verursacht und noch weitere beabsichtigt zu haben, und
zwar lediglich deshalb, weil ihm Hausbrände Vergnügen
bereiteten.

Vorkum. Der Streik der Maurer und Bau-
arbeiter auf der Insel Vorkum, der im Juni
v. J. begann, wurde durch die Wadefaison unterbrochen.
Nach Beendigung der Wadefaison mußte die Bautätigkeit
wieder aufgenommen werden, und die Unternehmer ver-
suchten mit allen Mitteln Arbeitskräfte heranzuziehen. Da
durch den strengen Winter die Arbeit längere Zeit gänzlich
ruhte, zum 1. Juli (Anfang der Wadefaison) aber beendet
sein muß, wird die Anwerbung von Arbeitswilligen in ganz
Deutschland für Vorkum mit aller Macht betrieben. Die
dortigen Unternehmer lehnen es nach wie vor ab, über die
gestellten Forderungen mit dem Bauarbeiterverband zu ver-
handeln. Die Unternehmer sind der Meinung, für 50 Pf.
Stundenlohn genügend Maurer zu bekommen; Arbeiter er-
halten nur 40 Pf. die Stunde. In Helgoland werden für
Maurer 80 Pf. und für Hilfsarbeiter 65 Pf. Stundenlohn
gezahlt. Ehrenfache eines jeden Bauarbeiters muß es sein,
Vorkum zu meiden.

Handels- und Marktnachrichten.
Hamburger Sternhans-Viehmarkt vom 13. Februar.
Luffried 6810 Schweine. Markt mäßig rege geräumt.
überfland — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht
nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und
für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine
Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 59.— bis 60.—
(47,00 bis 48,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260
Pfund, Tara 20 Proz., 57.— bis 59.— (45,50 bis 47,00) Mk.
Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 56,00 bis
58,00 (43,50 bis 45,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200
Pfund, Tara 22 Proz., 55,00 bis 57,50 (43,00 bis 44,50 Mk.)
Geringere Ware, Tara 24 Proz., 48.— bis 54,00 (36,50 bis
41,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 55.— bis
56,00 (44,00 bis 45,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22
Prozent 48,00 bis 53,00 (37,00 bis 41,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“
und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig,
für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Eine 2-Stuben-Wohnung für ältere Leute, 1 Treppe, 170 Mt. Belzerstraße 18.

Frauen zum Hausieren gesucht Foth, Wafenmauer 1a.

Leistung gesucht
für nachmittags
W. Blohm, Sanftstraße 78, I.
Flotte farb. D.-Maskenanzüge zu verm., v. 4 Mt. Weißhofsstr. 1, I.
2 flott. Damen-Maskenanzüge billig zu vermieten.
Arminstraße 11f.

3 clea. Herren-Maskenanzüge zu vermieten. Georgstraße 24, II.

Saubere Maskenkostüme von 3 bis 8 Mt. zu vermieten.
Frau Kahle, Paulstraße 21.

Neu! Enorme Ersparnis! Neu!
Niemand lasse meine neuerprobten **Dauer-Sohlen** unversucht, fast doppelte Haltbarkeit garantiert, auch keine Feuchtigkeit durchlassend. Jeder Versuch führt zur dauernder Kundenschaft. Mehrpreis pro Paar, je nach Größe, 10—20 Pfg.

NB. Meine Winter-Kundenschaft zahlt im Sommer keine Saisonpreise.
F. Grünhagen, Schuhmacher, Trabemünde, Kirchenstraße 7.

Bülcks Misch-Kaffee
Seit 15 Jahren großer Erfolg.
Pfe. 80, 100, 110 u. 120 Pfg., in 1/2 und 1 Pf., fertig zum Gebrauch.

Mein Misch-Kaffee zu 120 Pfg. schmeckt bedeutend besser wie Bohnenkaffee zu 140 Pfg.

Postpakete franko.
H. Bülck
Breite Straße 51. Fernbr. 149.

Holsten-Automat
G. m. b. H. Holstenstr. 11.
Warme und kalte Speisen.
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Bungeischer Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Neuen-Welt-Kalender
für 1912 sind noch einige Exemplare vorrätig.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

Carl Sagenbede

Von Tieren und Menschen

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen.
Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hauschat für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.
Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch im besten Sinne“
Ist Carl Sagenbedes Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

60000 Exemplare bereits verkauft
Carl Sagenbede der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam ansehendsten Bilder ersehen von fernem Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Jägerinnen des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erkranklichen Erfolge Sagenbedescher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Wären und andere wilden Tiere in friedlichem Weisem zusammenzuführen läßt. Carl Sagenbedes Aufzeichnungen sind die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Sagenbedes Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unüberwindlich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung. Auch für die reife Jugend bedeutet Sagenbedes Werk ein Buch, wie es sich selber nicht denken läßt.
Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Zufall der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Sagenbedes Werk keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein Bildungselement ersten Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entbehrend und um die Offenbarungen eines weltumspannenden Geschäftsmannes bereichert.
Nehmen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten, und lassen Sie nachstehendes Bestellheft zu unsere Expedition.
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Bestellheft
ausliefern
an die Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Unterzeichneter... bestellt hierdurch
Carl Sagenbede, von Tieren und Menschen
Bestellheft in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 Mt.
schick mir ein Bestellheft für 75 Pf.
Schnellstens in die Expedition zu schicken.
Name und Stand:
Stammort:
Stammort:

Ahrbergs
Hannoversches
Wurst-Schmalz
a Pfund 50 Pfg.
bei 10 Pfund 45 Pfg.
Königstraße
93.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.
Transportarbeiter
von Schwartau u. Umgegend.
Die Mitglieder-Versammlung findet umständehalber nicht am Donnerstag, sondern
Sonntag nachmittag 4 Uhr
statt.
Der Vorstand.

Freie Jugend Lübecks.
Sonntag, den 18. Februar 1912:
Ausflug nach Stockelsdorf
3 Uhr
Unterhaltungsabend der dortigen Jugendgenossen.
Abmarsch 4 1/2 Uhr vom Lindenplatz
Der Jugendauschuss.

UNIVERSUM.
Treffpunkt aller
fröhlichen Menschen!
Heinr. Kainberg-Ensemble
Beg. abds. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
Nach d. Vorstellung: Kabarett.

Zentral-Hallen
Dankequartette 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Hansa-Theater.
Gastspiel
Harry Walden
im
Brettelkönig.
8 1/2 Uhr 8 1/2
Auftreten erstklassiger
Spezialitäten

Neues Stadttheater.
Voll-Ab. 127. Donnerstag-Ab. 22.
Die Walküre.
Musikdrama von R. Wagner.
Drünnhilde . . . Fr. Pfeiffer.
Mikmann a. G.
Gude vor 11 Uhr. Die andwärtigen Theaterbesucher können die Nachtzüge noch bequem erreichen.
Freitag, 16. Februar. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 128. Freitag-Ab. 21.
Gewöhnliche Schauspiel-Preise.
Einmal. Gastspiel Robert Nil vom „Deutschen Schauspielhaus“ in Hamburg.
Neu einstudiert!
Die Wildente.
Schauspiel von Henrik Ibsen.
„Djalmar Edvald“. Rob. Nil a. G.
Stadthallentheater.
Freitag, 16. Februar. 8 Uhr.
„La Traviata“.
Große Oper von Verdi.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rob. Kohnmarkt 18.

Aus dem Etat des Auswärtigen Amtes.

Die politische und wirtschaftliche Vertretung des Deutschen Reiches geschieht unter der Leitung des Auswärtigen Amtes in Berlin, das im Etatsjahr 1912 einen Aufwand von 18 721 447 Mark erfordert. Die politischen Interessen des Reiches zu wahren, sind die Völkerverträge, Gesandten und Ministerresidenten berufen, während an den Amtssitzen der meisten dieser Diplomaten sich auch noch Generalkonsule oder Konsule befinden, denen die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Reiches anvertraut ist. An den meisten Plätzen, die keine Residenzen sind, amtierten nur Konsule, die dann nach beiden Richtungen hin tätig sein sollten. Der Aufwand für die Vertretung des Reiches ist natürlich in den einzelnen Ländern grundverschieden. Am höchsten besoldet sind die Völkerverträge, denen das Reich hat in: Konstantinopel, London, Madrid, Paris, Petersburg, Rom, Tokio, Wien und Washington. Diese Völkerverträge beziehen 100 000 bis 150 000 Mk. Gehalt pro Jahr, haben ein Palais als Dienstwohnung, der Völkerverträge in Konstantinopel hat außerdem ein Sommer-Palais am Bosphorus zur Verfügung. Lediglich der Völkerverträge in Tokio bleibt unter 100 000 Mark, er muß sich mit einem Gehalt von 80 000 Mk. begnügen. Die umfangreichste Völkerverträge dürfte die in Konstantinopel sein, an deren Spitze der Völkerverträge Marichall v. Bieberstein steht. Der Völkerverträge bezieht 120 000 Mk. Gehalt, zwei Völkerverträge 15 000 resp. 7500 Mk., vier Dragomans mit 15 000, 10 500, 6900 und 6000 Mk., Kanzleivorstand 9000 Mk., drei Kanzlisten mit 6900, 6000 und 5200 Mk., ein Völkerverträgebedienter mit 7500 Mk. Gehalt. Ferner ein Dragoman-Aspirant mit 4320 Mk., ein türkischer Schreiber mit 2700 Mk., Capu Daghlan (?) mit 4500 Mk., ein Pförtner mit 2350 Mk., zwei Hamals (Lastträger) mit je 1000 Mk., ein Kirchendiener mit 1800 Mk., vier Kawaffen (Lithanten) mit zusammen 5550 Mk. und ein Hilfsbote mit 800 Mk.

In Konstantinopel hat außerdem ein deutscher Generalkonsul seinen Sitz; dieses Generalkonsulat ist gleichfalls sehr umfangreich. Der Generalkonsul bezieht 27 000 Mk. Gehalt, zwei Vizekonsule 8200 resp. 6900 Mk., drei Dragomans mit 8600, 7600 und 6000 Mk., erster Sekretär 6300 Mk., zweiter Sekretär 5000 Mk., zwei weitere Sekretäre je 4200 Mk.; ferner ein Attaché 6000 Mk., zwei Dragoman-Aspiranten 5040 resp. 4320 Mk., zwei Hilfsbedienten 2280 resp. 2100 Mk., ein Amtsdienstler 1740 Mark, zwei Hausdiener 1010 resp. 780 Mk., drei Kawaffen je 1380 Mk., ein türkischer Schreiber mit 2270 Mk. Gehalt.

Die deutsche Vertretung in Konstantinopel erfordert also allein an Gehältern pro Jahr 351 200 Mk. Der Völkerverträgepfarrer und der Küster sind ganz gewiß überflüssig; der Posten des Pfarrers erscheint als eine reine Einkünfte. Die 7500 Mk., die er bezieht, werden nicht als Gehalt, sondern als Entschädigung bezeichnet, was darauf schließen läßt, daß er die Völkerverträge-Seelsorge vermutlich nur im Nebenamt betreibt. Nur noch zwei Vertretungen des Reiches haben besondere Prediger, nämlich die Völkerverträge in Rom (5400 Mk.) und die Gesandtschaft in Lissabon (3000 Mk. Vergütung). Sowohl in Konstantinopel als auch in Rom und in Lissabon ist hinreichend

Gelegenheit, evangelischen Gottesdienst zu besuchen; besonderer Pfarrer für die Diplomaten bedarf es umso weniger, als das Zentrum einmal mit dem Antrag kommen könnte, damit die Parität gewahrt wird, den Diplomaten auch Kapläne beizugeben.

Die Gehälter der Gesandten schwanken zwischen 75 000 Mk. in Peking, 60 000 Mk. in Teheran und 31 000 Mk. in Bangkok. Von den Ministerresidenten erhält der in Guatemala 40 000 Mk., während sein Kollege in Cettinje — der auch fast nichts zu tun hat — sich mit 25 000 Mk. zufrieden geben muß. Die Gehälter der Generalkonsule schwanken zwischen 40 000 Mk. und 18 000 Mk., die der Konsule zwischen 24 000 und 13 000 Mk.; eine Ausnahme macht der Konsul in Johannesburg, der mit Rücksicht auf die dort bestehenden teuren Verhältnisse 45 000 Mk. Gehalt bezieht. Die beiden Vizekonsule in Haifa und Jaffa erhalten je 10 000 Mark. Von den sonstigen Ausgaben des Auswärtigen Amtes seien erwähnt: Post- und Telegraphengebühren, Geschäftsbedürfnisse usw. 880 000 Mk., Reisekosten 190 000 Mark, Geheimfonds 1 000 000 Mk., Zulagen an 15 Militär-Attachés 212 220 Mk. Handels-Sachverständige befinden sich bei den Konsulaten in Neuquero, Petersburg, Kalkutta, Johannesburg, Sydney, Schanghai, Yokohama, Valparaiso, Chicago, Mexiko, Bukarest und Rio de Janeiro.

Im Reichstage ist mehrfach verlangt worden, den Konsularbeamten eine andere Ausbildung zuteil werden zu lassen. Es wurde bedauert, daß die deutschen Konsularbehörden im Auslande für Handel und Industrie außerordentlich wenig Verständnis zeigen. Im Etat für 1911 sind nun 20 000 Mark eingelegt worden, um Konsulatsanwärter einige Zeit in Handelsinstitute zu senden, damit sie sich dort das nötige Verständnis aneignen. Die Erfahrung hat aber, wie eine Denkschrift ausführt, gezeigt, daß die Entsendungen zwar nicht ohne Nutzen, aber doch auch nicht von dem wirklich durchgreifenden Erfolge begleitet gewesen sind, auf den es eigentlich ankommt. Das Auswärtige Amt will Wert darauf legen, daß der spätere Konsul vor seiner Entsendung ins Ausland in Deutschland einen guten Überblick über das ganze deutsche Wirtschaftsleben erlangt, für dessen Interessen er später wirken soll. Für diese Ausbildung stehen etwa zwei Jahre zur Verfügung. Das Auswärtige Amt will nun bei der Ausbildung alle theoretischen, rein wissenschaftlichen Erörterungen ausschließen und die Unterweisung in erster Linie auf konkrete Darlegungen richten. Zu diesem Zweck sind in den gegenwärtigen Etat 30 000 Mk. eingelegt worden.

Das hier das Auswärtige Amt geschaffen hat, das hat der Reichstag nicht verlangt. Der Reichstag wollte nicht, daß die Konsularbeamten einige Vorträge über Handelswissenschaften hören sollen, vielmehr verlangte der Reichstag, daß ein Teil der Konsularbeamten aus den erwerbenden Ständen entnommen werden solle. Wer im praktischen Leben steht, sei es in der Industrie oder im Handel, der wird naturgemäß ein weit größeres Gespür für die Bedürfnisse des deutschen Handels und der Industrie haben als der Jurist, der ein paar Dugend Vorlesungen über Handelswissenschaften gehört hat. Es ist ganz ersichtlich, wie schwer von Begriffen die Herren im Auswärtigen Amt sind, wenn es sich darum handelt, Wünsche zu erfüllen, die im Reichstage eine große Mehrheit gefunden haben.

Auf die weiteren im Reichstage erhobenen Klagen, daß zu Vertretern Deutschlands im Auslande fast durch-

weg nur Mitglieder des Hochadels berufen werden, geht die Denkschrift vorfahrlässig nicht ein. Tatsächlich hat sich an diesem Zustande gar nichts geändert, denn mit ganz wenigen Ausnahmen hat der Hochadel diese diplomatischen Stellen nach wie vor als seine unbestrittene Domäne im Besitz. Bürgerliche Vertreter findet man eigentlich nur in Haiti, Kuba, Uruguay und einigen andern ähnlich angenehmen Gegenden. Der ganze Nachwuchs für die höchsten Posten pflegt dem Offizierskorps kaiserlicher Gardebataillone entnommen zu werden. Vielleicht ist es ganz wesentlich mit darauf zurückzuführen, daß die deutsche Außenpolitik so ist, daß eigentlich kein Mensch mit ihr zufrieden sein kann.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des Lübecker Volksboten

Berlin, den 13. Februar 1912.

4. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Delbrück, Vermuth, Lisco.

Vizepräsident Scheidemann eröffnet die Sitzung und teilt zunächst das Ergebnis der in der vorigen Sitzung vorgenommenen Schriftführerwahl mit. Von 391 gültigen Stimmen haben erhalten: Harwinkel (N.D.) 369, Neumann-Hofer (Dp.) 360, Stücken (S.D.) 290, Morawski (N.D.) 280, Rogalla von Bieberstein (N.) 241, Engelen (S.) 234, Belzer (S.) 227, Fischer-Beilin (S.D.) 216. Diese Abgeordneten sind somit zu Schriftführern gewählt.

Weiter teilt der Vizepräsident mit, daß Abg. Freiere v. Hertling infolge seiner Ernennung zum bayerischen Ministerpräsidenten sein Mandat niedergelegt habe, und fährt dann fort:

Von dem Abg. Dr. Spahn ist folgendes Schreiben eingegangen:

Berlin, den 12. Februar 1912. Dem Reichstagspräsidenten teile ich ergebenst mit, daß ich das Amt des Reichstagspräsidenten hienmit niederlege.

(Recht, Bravo! rechts, Schallende Heiterkeit links.) Es ist mir im Anschluß an diese Mitteilung ein Antrag von dem Herrn Abg. Wasserhagen und Gröber zugegangen, die Sitzung nunmehr zu vertagen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten findet die nächste Sitzung statt Mittwoch 2 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, schleuniger Antrag Albrecht (Soz.) wegen Einstellung schwebender Strafverfahren gegen die Abg. Ebert, Fischer (Sachsen) und Feuerstein, Interpellation Bassermann (nationalliberal), betreffend die Verhandlungen der Brüsseler Zuckerkonferenz, Interpellationen Alblag (Volkspartei) und Albrecht (Soz.) wegen Aufhebung des Zolls auf Futtergerste und Mais und Suspendierung resp. Aufhebung des Kartellzolls. Dritte Beratung des Etats.

Schluß 2 Uhr 20 Min.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Freund des Kaisers als Lohnarbeiter. Der Fürst von Fürstenberg in Donaueschingen, dessen Gast jährlich mindestens einmal Wilhelm II. ist, beschäftigt in dem ihm gehörenden Wäldern, Feldern und Wiesen, die sich auf etwa 60 Quadratmeilen erstrecken, mehrere hundert Arbeiter. Diese sind so miserabel bezahlt, daß in einem badischen Zentrumblatt, in der „Offenburger Zeitung“ — allerdings nur im Sprechsaal — ein gutes Wort für sie eingelegt wird. In dem kulturhistorischen Dokument wird festgestellt: „Niemand wird so billig gearbeitet, wie bei der fürstlichen Verwaltung, wenigstens, soweit die Arbeiter in Frage kommen. Ein Tagelöhner bei einem Privatmann stellt sich besser, mit dem Ver-

Familie Schüler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(19. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Am nächsten Nachmittag suchte Kuno abermals den Spielfeld auf. Auch diesmal verfehlte das Hin- und Herwogen der bunten, vielgestaltigen Menge, in der alle Nationen der Welt vertreten schienen, das Durcheinanderschwärmen der verschiedensten Idiome, das Rollen der Kugelleitungen, die Anrufe des Croupiers, Helene in einen Zustand nervöser Erregung. Als sie sich einem der Spieltische näherten, rief sie eine Damenstimme an.

„Ah, Monsieur Richard, kommen Sie doch hierher!“ Es war die Gräfin Dobritow, die auf einem Sessel am Spieltisch saß, einen Haufen Banknoten und Goldstücke vor sich. Sie winkte lebhaft, und Kuno eilte, Helene am Arm, sofort auf sie zu.

„Darf ich Sie beglückwünschen, Frau Gräfin?“ fragte er mit einem raschen, neidvollen Blick auf die vor ihr aufgeschapelten Schätze. Sie nickte triumphierend.

„Danke sehr! Seit einer halben Stunde forcieren ich das Rot. Mit zweihundert Rubeln fing ich an. Und nun — leben Sie!“

Sie deutete auf ihren Gewinn, der mindestens das Dreifache betrug. Kunos Augen leuchteten. Der Spieler in ihm siebte danach, an dem Spielglück der Russin teilzunehmen.

„Wenn Sie gestatten, folge ich Ihrem Beispiele,“ versetzte er und stellte sich neben sie.

Sie sah ihn mit ihren blitzenden Augen schelmisch an und ein verführerisches Lächeln trat in ihre interessanten Züge.

„Ich will Ihnen einen annehmbaren Vorschlag machen, Monsieur Richard. Gehen wir in Kompanie! Wollen Sie das?“

Er verbeugte sich galant.

„Sehr liebenswürdig! Nichts könnte mir angenehmer sein, Frau Gräfin.“

Er legte den größten Teil des Geldes, das er bei sich trug, auf den Tisch vor sich. Es waren über zweitausend Mark. Die Gräfin schob einen erheblichen Betrag zu seinem Gelde; dann gab sie an, welchen Betrag und auf welche Farbe er setzen sollte. Er gehorchte: sie gewannen.

„Lassen Sie alles auf Rot stehen,“ flüsterte Sie ihm dann zu.

So trugen sie, immer den doppelten Betrag stehen lassend, noch dreimal reichen Gewinn davon. Helene stand beiseite hinter ihrem Gatten und verfolgte jede seiner Bewegungen mit mechanischen Blicken. So oft sie sah, wie die feinen, mit blitzenden Ringen geschmückten Finger der Russin Kunos Hand berührten oder wie sie, im Eifer des Spiels, ihre Arme umeinander schmiegelten, durchfuhr es sie wie ein elektrischer Schlag, und sie hätte zwischen die beiden, die ganz in ihr Spiel vertieft waren, treten mögen.

Kuno selbst hatte keine Ahnung von den Empfindungen seiner Frau; mit blitzenden Augen verfolgte er die Kugel, die zwischen den roten und schwarzen Feldern hüpfend, immer wieder die rote Farbe als die gewinnbringende bezeichnete.

Da wandte sich plötzlich das Glück. Sechsmal hintereinander kam Schwarz, und der Geldhaufen, der den vereinigten Besitz Kuno Richards und der Gräfin bildete, schrumpfte sichtbar zusammen. Der Affessor glühte; seine Finger, die das Geld weit auf den Tisch schoben, zuckten; mühsam unterdrückte er einen Fluch.

„Wollen wir nicht lieber auf Schwarz übergehen, Frau Gräfin?“ fragte er, sich dicht zum Ohr seiner Nachbarin neigend.

Aber die Russin verneinte mit einer lebhaften Kopfbewegung.

„Wo denken Sie hin? Das wäre ja gegen alle Spielregeln. Wer wird denn gleich die Kurage verlieren? — Fünfhundert auf Rot! Vorwärts, Monsieur!“

Sie hatte recht. Zweimal hintereinander fiel die Kugel wieder auf Rot. Kuno Richard atmete auf. Aber dann eine ganze Serie von Treffern für die, welche sich der schwarzen Farbe anvertraut hatten. Vergebens waren des Affessors neue Vorstellungen. Die Russin schüttelte ebenso anmutig wie bestimmt ihr schönes Haupt, und der sonst so energische, herrische Mann jügte sich ohne Widerrede, obgleich er das Verderben vor sich sah. Richtig! Auch bei den nächsten Drehungen rollten die Kugelleitungen mit ziemlicher Beharrlichkeit den schwarzen Feldern zu. Im Verlauf einer halben Stunde sahen sich die russische Gräfin und der deutsche Affessor auf den Sand gesetzt, obgleich sie beide noch wiederholt in die Tasche gegriffen hatten, um den Rest ihrer Varschaft ans Tageslicht zu befördern.

Die Russin lachte.

„Haben Sie denn gar kein Geld mehr bei sich, Monsieur Richard?“ fragte sie.

Der Affessor verneinte.

„Nicht einen Pfennig! Und Sie, Frau Gräfin?“

„Nein gar nichts! Auch im Hotel nicht. Ich muß so gleich an meinen Bankier telegraphieren. Welches Malheur! Sie haben mir kein Glück gebracht, Monsieur Richard.“

Er verbeugte sich, seinen Ärger zurückdrängend, mit höflicher Miene.

„Ich bedauere unendlich.“

Die Gräfin nickte freundlich, ihr Verlust schien sie überhaupt wenig zu bekümmern.

„Auch ich bedauere,“ versetzte sie launig. „Auch ich habe Ihnen kein Glück gebracht. Na, wir werden nicht mehr miteinander spielen dürfen, Monsieur Richard, wenn wir nicht unser ganzes Hab und Gut verspielen wollen.“

„Selbst auf die Gefahr hin,“ versetzte er galant, „wird es mir immer ein Vergnügen sein, an Ihrer Seite mein Glück zu versuchen.“

Als er mit seiner Frau allein im Hotelzimmer saß, machte die Höflichkeit und Galanterie mit einem Male einen zornigen Aufbrausen Platz.

„Verwünschtes Pech!“ schrie er. „Was nun? Jetzt sitzen wir ganz auf dem Trocknen.“ Er durchsuchte alle seine Taschen und brachte ein paar Silberstücke zum Vorschein. „Acht Francs sind mein ganzes Vermögen. Zum Glück hat man Kredit im Hotel, sonst könnten wir rein verhungern.“

Helene wagte gar nichts zu erwidern, um nicht seinen Zorn noch anzuschüren. Nach einer Weile, nachdem er mit den Zähnen an der Unterlippe nagend, starr vor sich hingesehen hatte, fuhr er scheltend fort: „Lumpige dreitausend Mark hat uns Dein Vater mitgegeben. Ist das ein Betrag für 'ne anständige Hochzeitsreise? Er fand's natürlich genervt und fürchtbar läppig. Ah, Krämerseife!“

Die junge Frau sprang entsetzt von ihrem Sessel auf.

„Kuno!“

Die ganze Empörung ihres kindlichen Herzens kam in den flackernden Blicken der weitgeöffneten Augen, in dem Zucken ihres todblassen Gesichts, in dem krampfhaften Zittern, das durch ihre ganze Gestalt lief, zum berebten Ausdruck.

Auch er erhob sich mit rascher Bewegung und stellte sich ihr gegenüber und sah sie mit flammenden Augen an.

„Kun? Wünschst Du was?“

Ihre Lippen bewegten sich konvulsivisch, aber sie wagte nicht, einen Laut hervorzubringen. Eingeschüchtert ließ sie sich wieder in ihren Sessel sinken und beschaffte ihr Antlitz mit den Händen, um ihn nicht die hervorquellenden Tränen sehen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

dienste der Fabrikarbeiter lassen sich diese Löhne schon gar nicht im Vergleich stellen. Auf Einzelheiten einzugehen, wird man uns wohl erlassen. Eine Erhebung würde uns gewiß recht geben. Wie uns erzählt wurde, hat ein höherer Herr sich gelegentlich nach dem Verdienste dieser Leute erkundigt und nachdem ihm Aufklärung gegeben wurde, mußte er selbst gestehen, daß die Löhne tatsächlich niedriger seien. Für Kenner der Verhältnisse ist dies längst kein Geheimnis. Es sind keine Revolutionäre, sondern durchweg kreuzbrave, fleißige Arbeiter, die ihrem schweren Geschäfte unermüdbar jahrelang nachgehen. — Also diese „nichtrevolutionären kreuzbraven Arbeiter“ eines der reichsten Fürsten Europas, der infolge seines ausgedehnten Grundbesitzes nicht nur in Baden, sondern auch in Österreich erbliches Mitglied des Oberhauses ist, müssen am Spingertische nagen. Dabei kostet ihn einziger Kaiserempfang dem Fürsten mehr, als was diese etwa 300 Arbeiter in einem halben Jahre überhaupt an Lohn erhalten.

Die Gemeingefährlichkeit der Streikbrecher. In der Steinmühle in Wiesbaden (Inhaber Friedl), wo sich die Mühlenarbeiter im Kampf befinden, sind die Streikbrecher vom Unternehmer mit 7 Revolvern ausgerüstet, die sie beim Wechsel der Schicht gegenseitig austauschen. Vor einigen Tagen wurde einer der Streikenden von den Streikbrechern überfallen und mißhandelt, und als er flüchtete, schossen sie nach ihm auf offener Straße. Zwei Tage später wurde ein Streikposten von zwei Streikbrechern mit Schusswaffen geschlagen und gleichzeitig drohten sie, daß „die andern auch noch daran kommen“. Durch diese Vorfälle veranlaßt wurde der Streikposten vor der Mühle abends auf vier Mann verstärkt. Als die Streikbrecher abends 5 1/2 Uhr zur Arbeit gingen, ein Trupp von 8 Mann, gingen die beiden vordersten sofort auf die Streikposten los und schossen ihre Revolver auf sie ab. Einer der Streikposten wurde durch einen Streikschuß am Kopf verletzt. Daß die Streikposten gar nichts getan haben, dafür haben sich eine ganze Anzahl unparteiischer Zeugen gemeldet. Ein Schutzmann, der in diesem Augenblick auf dem Wege zwischen dem Streikposten und der Mühle war, kehrte um, als die Schieberei der Streikbrecher losging und konfiszierte drei Revolver der Streikbrecher. Er mußte gegen die Gesellschaft erst blank ziehen. So wird die Hingebare immer gemeingefährlicher, und selbst die Schutzleute sind ihres Lebens nicht mehr sicher. Für diese dem Staate nützlichen Elemente verlangen die Schutzmänner aber größeren gesetzlichen Schutz.

Die diesjährige Tarifbewegung im Steinergewerbe steht der vom vorigen Jahre an Umfang wenig nach. In einer ganzen Anzahl von Tarifbezirken haben die Unternehmer die Tarife getündigt. Es läßt sich durchaus noch nicht sagen, ob die Bewegungen im allgemeinen friedlicher verlaufen werden als im Vorjahre. Von den größeren Tarifbezirken kommt u. a. der Bezirksrat für die Altmark in Betracht. Dort sind die Verhandlungen infolge der von den Unternehmern angebotenen Verschlechterungen noch zu keinem Ergebnis gelangt. Seit längerer Zeit schweben auch die Verhandlungen im Tarifbezirk Niederlausitz, ohne daß bisher ein Ergebnis erzielt werden konnte. Der Tarif für Leipzig und Umgebung, dem Sitze des Unternehmer-Verbands, ist abgelaufen. Verhandlungen sind soeben eingeleitet. Die Unternehmer schlagen die Verlängerung des Tarifes bis 31. März 1913 vor, wahrscheinlich um Anschluß an den Tarifabschluß des Baugewerbes zu erlangen. Die Arbeiter fürchten diesen Termin nicht, aber sie beanspruchen dann wenigstens eine entsprechende Lohnerhöhung. Im Magdeburger Tarifbezirk sind die Verhandlungen bisher darauf gescheitert, daß die Forderung plötzlich nur mit dem Gesellenauschuss verhandeln will, was dieser ablehnt, weil bisher noch jeder Gesellenauschuss, der sich „müßig“ gemacht hatte, gemahnt wurde. Der Mitteldeutsche Pfisterermeisterverband, der seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat, hat dem dortigen Magistrat zwar schon im Oktober v. J. mitgeteilt, daß er Verhandlungen über einen neuen Tarif mit dem Zentralvorstande der Arbeiterorganisation einleiten wolle und deshalb nach Berlin geschritten habe. Mit den örtlichen Instanzen will er nicht verhandeln. Und besagtes Schreiben ist bis heute noch nicht in Berlin angelangt. Auch hier scheint man „Anschluß“ zu suchen und nur auf die geeignete Gelegenheit warten zu wollen. In Bromberg bieten die Unternehmer eine „Regelung“ der Lohnfrage an, die unter Umständen auf eine Lohnerabsetzung bis zu 30 Prozent hinausläuft. Eine Erhöhung des Lohnes lehnen sie rundweg ab. — Außer diesen größeren Bewegungen schweben noch eine ganze Anzahl kleinerer örtlicher Bewegungen. In Linden bei Hannover weigert sich charakteristischer Weise gerade der Vorsitzende der Unternehmerorganisation, den Tarif anzuerkennen.

Die Pfisterer in Wien stehen zurzeit in einer Lohnbewegung. Seit einer ganzen Reihe von Jahren sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen unverändert geblieben. Und nun die Arbeiter einen beschleunigten Anlauf zu der notwendig gewordenen Aufbesserung der Verhältnisse nehmen, rufen die Unternehmer sofort zum Kampfe. Im November haben die Pfisterer bereits ihre Anträge eingereicht. Bis heute aber haben die „christlich-sozialen“ Pfisterermeister keine Zeit zu Verhandlungen gehabt. Dagegen haben sie sofort in den bürgerlichen Blättern die Nachricht verbreitet, daß die Pfisterer streiken wollten. Außerdem sind sie sofort zu allen möglichen Behörden, insbesondere natürlich zu „ihrem“ geistes- und gefinnungsverwandten Magistrat gelaufen und haben um Aufhebung der Arbeiten im Falle eines Streiks gebeten. Den Gehilfen drohen sie, Arbeitskräfte aus dem Auslande kommen zu lassen, was ihnen hoffentlich nicht gelingen wird. Die Wiener Pfisterer richten durch den internationalen Sekretär an ihre ausländischen Kollegen die Bitte, sie durch strikte Fernhaltung des Zugangs zu unterstützen.

Nationaler Rummel.

Die Ausschreier der schwarzbauen Karikaturbude sind seit etlichen Tagen in wahres Rasen gekommen. Es will niemand mehr glauben, daß nur ausgerechnet bei ihnen die einzig richtige Nationalität zu finden ist. Die Sozialdemokraten sind gottlos und vaterlandslos, sie sind Republikaner und Kaiserreichsfeinde, und alle, die mit ihnen gemeinsam vorgehen, sind dasselbe — so schimpfen und klagen die Besitzer des so plötzlich leer gewordenen schwarzbauen Blocktheaters.

Dabei wollen die Leute verschiedenes vergessen, was zu wissen sehr notwendig ist. Bekanntlich ist das Deutsche Reich erst wenige Jahrzehnte alt und sein Vorgänger, der Norddeutsche Bund, war ein Gemischtprodukt, durch das der König von Hannover, der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Sachsen, also alles christliche Fürsten von Gottes Gnaden, von dem damaligen christlichen König von Preußen vom Thron gestürzt wurden!

Und wie war es bei der berühmten Versailles-Kaiserkrönung? Einen Tag vor der Krönung wurde der achtjährige Friedrich III. eine Krönung seines Vaters in das Tagebuch, die also lautet:

„17. Januar 1871. Mein Sohn (Friedrich III.) ist mit seiner Seite bei dem neuen Stand der Dinge, während ich

mir nicht ein Haar daraus mache und nur zu Preußen halte.“

Gleichlautend und noch schärfere Junteräußerungen, welche die Verachtung der Reichsherrlichkeit ausdrücken, die von diesen Leuten immer mit der Nation und mit dem national sein verwechselt wird, lassen sich zu Hunderten anführen!

Die Sozialdemokratie bleibt in ihrer Auffassung der Nation gegenüber so wie sie immer gewesen ist und wie sie am 20. Mai 1899 im Reichstage in ihrer Stellung zum Vaterland trefflich durch Vebel charakterisiert wurde:

„Wir sind in Deutschland und somit als Deutsche geboren — und wir, die wir die deutsche Sprache sprechen, an der Kulturzeit des deutschen Volkes uns ebenso beteiligt haben wie Sie und vielleicht in höherem Maße als die meisten von Ihnen, haben dasselbe Recht an unser Vater- und Heimatland wie Sie! Aber Sie können uns nicht verpflichten, die Institutionen, die Sie in Ihrem Interesse geschaffen haben, für gut und richtig zu halten. Hier kommt unser freies Bürgerrecht, unser Menschenrecht und unsere Überzeugung in Frage, die uns kein Kaiser, kein Kanzler, und kein Reichstag nehmen kann, mag er Gesetze machen wie er will. Darum werden wir uns wehren mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, gegen diejenigen, die uns unser Menschen, unser Bürgerrecht nehmen wollen. Und wenn wir in diesem Kampfe gebeht und verfolgt werden und viel unangenehmes zu erdulden haben, dann zeigen wir viel mehr Patriotismus und Vaterlandsliebe als diejenigen, die im Hohre sitzen und sich Welfen schneiden, das heißt, als diejenigen, die aus den heutigen Staats- und Gesellschaftszuständen die größten Vorteile für sich und ihre Klassengenossen heraus zu bringen wissen.“

Das ist auch heute noch nicht nur unser Standpunkt, sondern der aller jener Menschen und Staatsbürger des Deutschen Reiches, die nicht schwarzblaue Sonderinteressen, sondern das Staatswohl vertreten!

Aus dem Gerichtssaal.

Im Interesse der Disziplin! Ein Urteil, das mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes unvereinbar ist, wurde vom Dresdener Kriegsgesicht gesprochen. Der Soldat Schubert war am 7. Januar der Kasernenwache zugeteilt. Abends gegen 6 Uhr übergab der aufsichtführende Unteroffizier die Wache einem Gefreiten, der nun für einige Zeit nicht mehr Kamerad, sondern Vorgesetzter der Wachmannschaften war. Darüber sind sich die Soldaten nicht in allen Fällen und Situationen im klaren. So war es auch hier. Schubert erhielt vom Gefreiten den Befehl, den in der Wachtstube stehenden Tisch zu reinigen. Er dachte im Augenblick nicht an die Vorgesetztenhaftigkeit des Gefreiten und sagte: „Du hast es ja genau so weit wie ich!“ Ein weiteres Befehle des Gefreiten überhörte er wegen eingetretener Differenzen mit einem anderen Kameraden. Erst als der Gefreite mit Meldung drohte, kam ihm zum Bewußtsein, daß der Kamerad in dem Moment Vorgesetzter war. So kam dem Befehle nach und äußerte dazu: „Den Gefallen werde ich Dir nicht tun, mich zu meiden!“ Dieses schwere Vergehen mußte, weil die Disziplin angeht, geahndet werden, gerochen werden. Man fuhr sogar das Schmerliche Geschick gegen Sch. auf; er erhielt eine Anklage wegen Beharrens in Ungehorsam und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft! Die Achtungsverletzung wird darin erblickt, daß Sch. seinen Kameraden „Du“ genannt hat. Das Gericht erkannte auf die hohe Strafe von — zwei Monaten Gefängnis — im Interesse der Disziplin!

Aus „besseren“ Kreisen. Wegen Beihilfe zum gewerbesmäßigen Glücksspiel wurde Dr. Schröder von der Düssel-dorfer Strafkammer zu 2 Monaten Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe, Georg von Wrede zu 1 Monat Gefängnis, Kapitän a. D. von Wrede zu 2 Wochen Gefängnis und Kaufmann Löwen zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Eine Millionenpleite. Das Bankgeschäft von Soh-rauer u. Förster in Beuthen (Oberschlesien) hat seine Zahlungen eingestellt. Seine Verbindlichkeiten belaufen sich auf gegen vier Millionen Mark. Veranlaßt wurde der Konkurs durch die Zahlungseinstellung der Holzgroßhandlung A. Goldstein in Königschütze, die mit drei Millionen Mark fallierte. Beteiligt sind bei dem Zusammenbruch mehrere Breslauer Großbanken, eine Berliner Großbank und eine Wiener Bank. Wie berichtet wird, soll in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft mehrerer Großbanken zu Beuthen und Königschütze stattfinden, um durch Fusion die Firmen Sohrauer u. Förster zu Beuthen und A. Goldstein zu Königschütze zu halten.

Geburtsstagsfeier und Kaiserhoch mit Maggi-Würze. Wie alle wahrhaft echten Patrioten feierte auch der Evangelische Bürgerverein zu Hagen i. Westf. (Bezirk Wehring-hausen) seine Kaisergeburtstagsfeier. Die Festrede hielt natürlich ein Diener des Herrn, Herr Pastor Kaiser, der — nach dem „Evang. Gemeindeblatt“ — des Hohenzollern-hautes gedachte und zum Schluß selbstverständlich das unvermeidliche Hoch ausbrachte. Das alles gehört ja zum guten Ton der bürgerlichen Gesellschaft und verdient seine besondere Erwähnung. Aber das Programm dieser Kaisergeburtstagsfeier wurde noch mit einer besonderen Glanznummer gewürzt. Der Bericht des „Evang. Gemeindeblattes“ des Kirchenkreises Hagen“ bejaht darüber folgendes: „Die Maggi-Gesellschaft Berlin hatte einen Lichtbildvortrag übernommen und zeigte in klaren Bildern den Werdegang ihrer Fabrikate. Der Vertreter der Gesellschaft, Herr Kaymann gab zu den Bildern recht verständliche und interessante Erklärungen. Nachdem die Musikkapellen noch einige Weisen hatte ertönen lassen, waren die Vorbereitungen beendet und es begann das Probieren der Maggi-Würze. Dies war wohl eine der beliebtesten Nummern des Programms; es machte den Eindruck, als ob ein regelrechtes Abendessen stattfinden sollte; man war erstaunt über diese Darbietungen. Herr Pastor Kaiser nahm denn auch Veranlassung, der Maggi-Gesellschaft sowie ihrem Herrn Vertreter im Namen des Vereins ganz besonders für diese Bewirtung zu danken.“ — Also die beliebteste Nummer des Programms war nicht das Anhaben einer hohen Person, sondern das Probieren der Maggi-Würze. Das hat gewiß den Reiz der Neuheit für sich und es ist gar nicht abzusehen, ob nicht in Zukunft überall der Verflachung anheimgefallene Feiern auf dieselbe Art und Weise gebührend gehoben werden.

Schüler-Selbstmorde. In Gegenwart zweier Kameraden erschloß sich auf offener Straße in Rißingen bei Würzburg aus Lebensüberdruß der 16jährige Realchüler Alfred Schmitt. Wie ferner aus Jersitz gemeldet wird, ließ sich in der Montagnacht der 16 Jahre alte Sekundaner Boigt, der aus Gommern bei Magdeburg kommt, auf der Straße

Leipzig—Magdeburg in der Nähe von Jersitz von einem Personenwagen überfahren. Der Tod trat sofort ein; als Grund zur Tat wird getränktes Ohrgefäß angegeben. Der junge Mann war wegen Wirtshausbesuch von seinem Vatersvater mit einer Ohrfeige bestraft worden.

Der Adventist Naumann begnadigt. Einen unerwarteten Abschluß hat jetzt die Affäre des Adventisten Naumann gefunden. Naumann war der hartnäckigste Verteidiger der Sekte der Adventisten im Militärdenk. Streng verweigerte er Sonnabend den Gehorsam, und die Arrest- und Gefängnisstrafen, die sich immer mehr anhäuferten und die immer schärfer wurden, schreckten den Mann nicht ab. Das Strafamt schloß schließlich auf fünf Jahre an, und da er auch im Spandauer Festungsgefängnis ständig weiter bei seinem Verhalten beharrte und den Gehorsam verweigerte, so war nach menschlichem Ermessen schließlich überhaupt keine Aussicht mehr dafür vorhanden, daß der Adventist jemals wieder den Gefängnismauern den Rücken kehren könne. Endlich vollzog sich ein Umschwung. Man hatte ihm geschrieben, daß seine betagte Mutter dringend einer Stütze bedürfe, und daß es seine Pflicht sei, dafür zu sorgen, daß er bald vom Militär loskomme, um sie zu unterstützen. Der Adventist gehorchte von da ab, und nachdem er nahezu vier Jahre im Gefängnis gewesen, ist er jetzt vom Kaiser begnadigt worden.

Schweres Unglück in San Remo. Als gestern früh 40 Schüler der Elementarschulen auf dem Dual am Meeresufer spazieren gingen, stürzte plötzlich ein Teil des Duals ein und begrub zwanzig Schüler unter seinen Trümmern. Fünf Tote und acht Verletzte wurden bisher aus dem Schutt hervorgezogen.

Anhebung einer Spielhölle. In einem Cafe in Eisenach ist von der Polizei eine Spielhölle aufgedeckt worden, in der um außerordentlich hohe Beträge gespielt wurde. Die Anzeigle war von einem Herrn der ersten Gesellschaft erfolgt, der sein ganzes Vermögen verspielt hatte. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung eingeleitet.

Das Kino als Konkurrenz gegen die Kirche. Man schreibt aus Brüssel: Man hat dem Kinematographen schon allerlei Böses nachgesagt. Wer aber hätte gedacht, daß ihm auch noch der Vorwurf der Kirchenkündigung be Parrer eines Dorfes in der Nähe Brüssels wirklich erhoben. Es hat sich nämlich zum größten Verdruß des Herrn Parrers herausgestellt, daß sich seine Gemeinde des Sonntags, statt in seine Predigt zu gehen, im Kino ergötzt, statt sich im Gotteshause zu erbauen, amüsante und belehrende Lichtbilder betrachtet. So hat der Herr Parrer denn auch seine treulose Gemeinde in seiner letzten Sonntagspredigt gründlich verdonnert und gegen die kirchensindliche Tendenz des Konkurrenzunternehmens losgesegnet. Der Besizer des Kinos aber wieder findet, daß der Parrer gar kein Recht hat, sein honettes Unternehmen herunterzumachen und seine Klienten von der Kanzel herunter gegen ihn aufzubehen. Ist es etwa seine Schuld, wenn die Leute das Kino interessanter und unterhaltlicher finden als die Predigt des Herrn Parrers? Soll er die Ausreißer vielleicht in die Kirche schicken? Geschäft ist Geschäft. Und wenn der Herr Parrer so weit geht, sein (des Kinoinhabers) Unternehmen als unmoralisch herabzusetzen, so wird er das eben vor dem Gericht zu verantworten haben, vor das er demnächst zitiert werden wird. Übrigens hat der Klerus in Belgien die Konkurrenz mit dem Kino gewissermaßen vorgeahnt und dem Schaubedürfnis der Menge gewisse Konzessionen gemacht. Die herrlichen Kubens- und Van Dyt-Altarbilder in den Kathedralen Belgiens sind zwar alle fürstlich mit grünem Stoff überspannt und nur für Geld zu sehen. Dafür strahlt während des Gottesdienstes die Statue der Maria in modern Reinhardtischer Theaterbeleuchtung. Die Baumeister der edlen gotischen Kathedralen aber würden ein sauberes Gesicht machen, wenn sie aus ihrem Grabe steigen könnten und erfahren, daß die heutigen Herrschenden der Kirche zur erbauenen Musik der dunklen gotischen Hallen weniger Vertrauen haben als zu einem grob-effektvoll und grell beleuchteten Marienbild. Aber die Kirche geht eben auf ihre Weise mit dem „Fortschritt“. Die Felten sind schwer und wo lauert nicht überall die Konkurrenz! So gar die Kinos...

Von herabstürzenden Felsmassen erschlagen. In Gurruff bei Jalta hat sich eine entsetzliche Katastrophe ereignet. Nachts, als alles schlief, löste sich vom Bergesgipfel ein riesiges, an 18000 Kilo wiegendes Felsstück und stürzte auf die Hütte einer Tatarin. Die Frau und ihre Angehörigen wurden zerschmettert. Die Leichen konnten erst nach Sprengung der Felsmasse geborgen werden.

Er mordung eines Deutschen in Mexiko. Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Washington vom 12. d. S. Mts.: Hier sind Meldungen eingetroffen, daß in El Provenir ein Deutscher von mexikanischen Banditen unter besonders grausamen Umständen ermordet worden ist. Die Banditen haben ihn buchstäblich in Stücke gehauen.

Kleine Nachrichten. Gestern nacht explodierte in Nordhausen der größte Teil der im Pulverhaus lagernden Pulvervorräte. In kurzer Zeit erfolgten hintereinander 5-6 Explosionen. Das Dach des Hauses wurde weitlich geschleudert; die Wände sind nach außen gebogen, und das ganze Pulverhaus ist vollständig zertrümmert. Nur dem Umstande, daß das Pulverhaus gänzlich isoliert liegt, ist es zu verdanken, daß die Stadt selbst nicht gefährdet wurde. — Der Advokat Dr. Weimann aus Köln erstattete beim Kreisgericht in Kuttendorf selbst die Anzeige, daß er 100000 Kronen defraudiert habe. — Aus Sevilla wird gemeldet: Die Verbindung mit Madrid ist infolge der Abreise von mehreren unterbrochen. Der Flug ist ausgeblieben und zwar wegen eines Erdbebens in der Nähe von Montoro. Der Guadalquivir beginnt zu fallen. Sein Wasserstand übersteigt noch um 1,80 Meter die Raimauer. — In Felaterinoslaw wurde eine Bande Mädchen in Leer verkauft, die junge Mädchen nach südrussischen Städten verkaufte.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Sozialistischen Monatshefte, Heft 8.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

A. F. B. 25.— Mk.

Von den organisierten Sozialisten: 10.—

Von den Schiffschmieden der Koch-schen Werft auf Hfte 156 8.00

Das Parteisekretariat.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schwarz-Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

